

ÜBER TAUSEND KAB-MITGLIEDER ZEIGTEN GESICHT FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

Mit Fotoaktion Öffentlichkeit sensibilisiert

Über hundert Gruppen und Vereine mit über tausend Frauen und Männern aus der KAB und darüber hinaus sind dem Aufruf zur Fotoaktion der KAB Deutschlands gefolgt und beteiligten sich am Aktionstag des Sozialverbandes.

Mit der Forderung nach menschenwürdiger Arbeit in der Arbeitswelt und insbesondere in der zukünftigen Arbeitswelt 4.0 besuchten Frauen und Männer der KAB aus dem gesamten Bundesgebiet Unternehmen, Betriebsstätten, Marktplätze, Bildungsveranstaltungen und auch kirchliche Einrichtungen, um mit dem Plakat „#DIGITALE_ARBEIT_MENSCHEN_WÜRDIG“ des Bundesverbandes Flagge gegen prekäre Arbeitsverhältnisse in einer Wirtschaft und Industrie 4.0 zu zeigen. „Die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Wirtschaft darf nicht, wie in der industriellen Revolution, zum Einfallstor für menschenunwürdige Arbeitsbedingungen werden, wie wir sie derzeit bereits in der Plattform-Ökonomie und den Internet-Servicediensten erleben“, erklärt KAB-Bundesvorsitzende Maria Etl, die selbst auf einer Veranstaltung für faire Arbeitsbedingungen warb.

Die KAB Deutschlands kritisiert, dass mit der Digitalisierung die Entgrenzung der Arbeitszeit zunimmt und die Arbeitszeit zunehmend in die Familien- und soziale Zeit einbricht. Gleichzeitig entstünden Start-up-Unternehmen, die Arbeit auf Abruf organisieren und



An vielen Orten in Deutschland wurde auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen hingewiesen.

Foto: KAB

jegliche Form der Mitbestimmung und Solidarität der Mitarbeiter einschränken. „Wir brauchen seitens der Politik Rahmenbedingungen, damit auch in Zukunft menschenwürdige Arbeit für alle möglich ist“, so die Vorsitzende des katholischen Sozialverbandes.

FOTO-AKTION ONLINE

Mit der KAB-Fotoaktion „#DIGITALE_ARBEIT_MENSCHEN_WÜRDIG“ haben die Frauen und Männer der KAB Deutschlands bundesweit die Thematik Arbeit 4.0

in die Öffentlichkeit getragen und Menschen vor Ort mit dem Thema konfrontiert. „Unser verbandliches Anliegen ist es, Arbeiten und Leben in Würde und Solidarität zu gestalten. Dafür organisieren wir Veränderung“, betont Bundesvorsitzende Maria Etl.

Bundesausschuss auf AfD-Distanz

Die Delegierten im KAB-Bundesausschuss lehnen die Programmatik der Partei Alternative für Deutschland (AfD) ab. Einstimmig beschlossen sie, Funktionäre der Partei bei öffentlichen KAB-Veranstaltungen nicht als Podiumsgäste einzuladen. Dennoch will die KAB den kritischen Dialog mit der Partei und deren Mitgliedern suchen.

KAB: NRW-Initiative bei Minijob stoppen

Gegen die NRW-Gesetzesinitiative, die Einkommensgrenze der Versicherungsfreiheit bei Minijobs anzuheben, haben sich die Delegierten des Bundesausschusses ausgesprochen. Sie lehnen die Initiative zur Dynamisierung der Einkommensgrenze ab. Langfristig müsse die Basis der Sozialversicherungspflicht erweitert werden, so die Delegierten. Die KAB setzt sich für die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro ein.

KAB zur Europawahl

Die Erklärung „Zukunft der Arbeit gestalten“ der Europäischen Bischöfe (COMECE) unterstützt die Forderung der KAB zu der Europawahl 2019. Kandidaten zur Europawahl sollen in den Diözesen mit den sozialpolitischen Forderungen konfrontiert werden.

www.kab.de

ACA-Kritik an Minister Spahns Alleingängen

Bundesvorsitzender Kreller: Missachtung der gewählten Selbstverwaltung

Als nicht hinnehmbare Kompetenzüberschreitung bezeichnet die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) die Entscheidung von Bundesgesundheitsminister Spahn, die Beiträge der Krankenversicherung zu senken. „Über eine Anhebung oder Senkung der Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen entscheidet nicht der Minister“, betont Hannes Kreller, Bundesvorsitzender der ACA und stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der DAK Gesundheit. Die ACA, in der sich die KAB Deutschlands, das Kolpingwerk Deutschland und der Bundesverband evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) zusammengeschlossen haben, wertet den Vorgang Spahns als Respektlosigkeit gegenüber der Selbstverwaltung. Der Minister hatte bereits im April angekündigt, die

Krankenkassen zu zwingen, ihre Beiträge zu senken. Der Gesetzesentwurf Spahns sieht ferner vor, dass die Finanzreserven der gesetzlichen Krankenkassen lediglich nur eine Monatsreserve betragen dürfen. ACA-Bundesvorsitzender Kreller sieht darin eine Missachtung der demokratisch legitimierten Selbstverwaltung, bzw. den bei der Sozialwahl gewählten Vertreter/-innen der Versicherten. Noch im Jahr 2011 hatte der CDU-Politiker erklärt, dass das Prinzip der Selbstverwaltung eine gute Tradition in Deutschland ist und sich bewährt habe. Dies stelle er nun als Minister in Frage, so Kreller, der fordert, dass weiterhin die Beitragszahler, also Versicherte und Arbeitgeber, die wesentlichen Entscheidungen über Finanzen, Organisation und Personal zu entscheiden haben.

Der Zusatzbeitragssatz sinkt um 0,1 Prozentpunkte auf durchschnittlich 0,9 Prozent. Entsprechende Pläne hatte Gesundheitsminister Jens Spahn vor rund zwei Wochen angekündigt. Der Zusatzbeitrag errechnet sich aus der Differenz der erwarteten Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen. Für die Versicherten bedeutet dies eine minimale Entlastung. Zusatzbeiträge, so ACA-Bundesvorsitzender Kreller, würden ausschließlich von den Versicherten gezahlt. Die Versicherten seien darauf angewiesen, dass die Krankenkassen kontinuierlich Rücklagen bilden, um demografische und konjunkturelle Herausforderungen bewältigen zu können. „Dies sollte einem Bundesgesundheitsminister bewusst sein“, so der KAB-Gesundheitsexperte.

KAB-Kooperation mit CAJ

Gemeinsame Projekte mit dem Jugendverband

Die Delegierten des KAB-Bundesausschusses haben eine engere Kooperation zwischen der KAB Deutschlands und der Christlichen Arbeiterjugend Deutschlands (CAJ) beschlossen. Ziel ist es, laut Kooperationsvertrag, die Zusammenarbeit der beiden Organisationen „durch regelmäßigen Austausch und gemeinsame Projekte, Aktionen oder Beschlüsse, die der Verwirklichung verbandlicher Zielsetzungen dienen“, zu verstärken. Für die Christliche ArbeiterInnen-Jugend beinhaltet der Kooperationsvertrag auch juristischen Beistand für seine Mitglieder. So wurde die Rechtsschutzverordnung der KAB dahingehend erweitert, dass „der Rechtsschutz auch den Mitgliedern der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) gewährt wird“, wenn der/die Betreffende „mindestens seit einem

halben Jahr Mitglied ist“. Für den christlichen Jugendverband hat sich in den letzten Jahren immer stärker die Frage nach dem Umgang mit prekärer Arbeit gestellt. Immer häufiger müssen junge Arbeitnehmer prekäre Jobs annehmen, in denen Urlaubsansprüche, geregelte Arbeitszeiten und faire Entlohnung oft nicht gegeben sind. Die Rechtsschutzleistung wird über die regionalen Berufsverbände der KAB gewährleistet. Neben der gegenseitigen Unterstützung bei Aktivitäten soll die CAJ auch aktiv die Mitwirkung von jungen Menschen in der KAB fördern. Der Jugendverband soll seine Mitglieder ermutigen, in den Erwachsenenverband einzutreten. Umgekehrt verspricht die KAB Deutschlands, junge Erwachsene zu ermuntern, sich in der CAJ zu engagieren.

Aufgepasst!
Nächste
Ausgabe
der IMPULS
erscheint am
25. Februar 2019



SCHWERPUNKT: ARBEITSPLATZ 4.0

Die digitale Vernetzung der Wirtschaft verändert radikal auch die Arbeitsplätze der Menschen.



EUROPAS FLEISCHGIGANT TÖNNIES

Interview mit Clemens Tönnies über Fußball, Geld und mitarbeitenden Zeitarbeitsfirmen.



EINE ZUKUNFT NACH DER KOHLE

Die KAB bei Ibbenbüren ist trotz der letzten Schicht im Schacht eng mit der Kohle verbunden.



Zum Jahresende klopft nicht nur der Nikolaus oder Knecht Ruprecht an unsere Tür, auch Vater Staat pocht Ende Dezember an die Tür und verlangt zum Jahresabschluss Steuern. Man gibt ja gern, wenn man/frau etwas zu geben hat und manch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bekommt auch von der gezahlten Lohnsteuer wieder etwas zurück. Den Rest gibt Vater Staat für gute Taten aus.

Gern gegeben hat bisher auch der britische Popstar Ed Sheeran, der jüngst einen großen Wirbel um seinen Düsseldorfer Auftritt gemacht hat. Seine Firma Ed Sheeran Ltd. hat 2017 über 41 Millionen Euro umgesetzt. Berichten zufolge zahlte er gut 6 Millionen an das Vereinigte Königreich. Scheinbar legal und richtig. Das Königreich kann es nach dem Brexit gut gebrauchen. Aufsehen erregte in Großbritannien die Steuerschuld des Popmusikers erst, als man seine mit den Steuern von Amazon und Starbucks verglich. Starbucks setzte 2017 in Großbritannien etwa 2,3 Milliarden Euro, Amazon rund 9,8 Milliarden um. Die Steuerschuld belief sich bei Amazon auf 4,9 Millionen und Starbucks 3,76 Millionen. Also bedeutend weniger als der einzelne Musiker. Auch wenn der Kaffee-Multi Starbucks weitere Millionen bei seinen Tochterunternehmen in Großbritannien als Steuern abführt, zeigt sich, dass man als Musiker nicht durch alle Steuerschlupflöcher passt, die sich multinationale Konzerne eröffnen. Frohe Festtage wünscht

Ihre Impuls-Redaktion


Matthias Rabbe

IMPRESSUM

112. Jahrgang, Hrsg. KAB Deutschlands

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantwortl.), Iris Koglin
Telefon (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln
kab-impuls@ketteler-verlag.de

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Gesamtherstellung Heider Druck
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Susanne Krausewitz
E-Mail: krausewitz@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 80.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls erscheint am 25. Februar 2019

Anzeigenschluss:
22. Januar 2019
ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

TOM WATSON: DIE BREXIT-KAMPAGNE WURDE MIT ILLEGALEN MITTELEN DURCHFÜHRT

Wachstum mit Menschenwürde koppeln

Vertreter der Europäischen Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen (EBCA) aus zehn europäischen Ländern haben gefordert, dass die Digitalisierung sowohl die Menschenwürde als auch die Frage der Nachhaltigkeit als Orientierungsleitplanken berücksichtigen muss.

Dazu soll die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Politik und der Zivilgesellschaft stärker intensiviert werden. „Die Herausforderung besteht darin, die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Gesellschaft zu gestalten“, betont KAB-Bundsvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Auf dem EBCA-Seminar „Digitale Arbeit – arbeiten jederzeit und überall“ in Birmingham machte er deutlich, dass man die Würde des Menschen in der neuen Arbeitswelt nicht Algorithmen, einer künstlichen Intelligenz (KI) oder den Profitinteressen globalisierter Unternehmen überlassen darf. „Die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Gesellschaft insgesamt hat sowohl negative als auch positive Dimensionen. Dabei gilt zu fragen, wie betreffen diese Entwicklungen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem beruflichen Umfeld und auch privat. Denn es muss umfassend sichergestellt werden, dass die Würde des Menschen gewahrt und geschützt wird“, so Luttmer-Bensmann. Die technischen Entwicklungen der digitalen Transformation hätten den Menschen zu dienen, so der einhellige Tenor der Seminar-Teilnehmer/-innen. Diese optimistische Perspektive wird durch ernstzunehmende Ängste und übermächtig



EBCA-Vertreter diskutierten digitale Herausforderungen. Foto: Wien

erscheinende Datenkonzerne überschattet. „Für viele Menschen ist die rasante Digitalisierung eine Überforderung, insbesondere wenn die zeitlichen und physischen Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen, wenn jeder Schritt und jede Äußerung überwacht werden können, wenn sogar am Familientisch immer die digitale Welt anwesend ist“, so der KAB-Vorsitzen-

denhänge und technischen Abläufe nicht erfasst und verstanden.

ÖKOLOGIE UND DIGITALISIERUNG

Ein besonders relevanter Aspekt, der bisher in der Diskussion unterbeleuchtet bliebe, sei die ökologische Seite der Digitalisierung, so ein weiteres Fazit des Seminars. Neben den digitalen Transformationsprozessen müssten

wir uns auch der ökologischen Transformation widmen, hieß es. Die Wachstumsfrage müsse mit der Menschenwürde und mit der Ökologie, die die Lebensgrundlage für uns alle sicherstellt, verbunden werden. „Die Katholische Soziallehre bietet in Fragen der digitalen und ökologischen Dimensionen noch zu wenige unmittelbare Antworten“, hob die österreichische Theologin Gabriele Kienesberger in ihrem Vortrag hervor. Mit der Sozialenzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus sei der Zusammenhang zwischen ökologischer und sozialer Frage hergestellt. „Weitere theologische Reflektionen müssen folgen“, betonte sie.

Tom Watson, britischer Parlamentarier und stellvertretender Vorsitzender der Labour Party, ging in seinem Vortrag auf die Brexit-Kampagne der UKIP-Partei in Großbritannien ein. Hier sei, so seine Ausführung, mit illegalen Mitteln eine politische Kampagne durchgeführt worden, weil Datenbanken genutzt wurden, um mithilfe von sozialen Medien Menschen gezielt mit Falschinformationen zu manipulieren. „Das ist moralisch anfechtbar, juristisch haben wir aber keine Handhabe, da ein Rechtsrahmen für solche Maßnahmen fehlt“, stellte Watson fest.

KAB und SPD tauschen Themen aus

Bundsvorsitzender Luttmer-Bensmann traf Arbeitskreis Christ*innen in der SPD in Berlin

Im Rahmen des traditionellen Michaelsempfangs des Katholischen Büros in Berlin hat sich am 10. Oktober 2018 der Bundesvorstand des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD (AKC) mit dem Bundesvorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Andreas Luttmer-Bensmann, getroffen. Dabei berichtete Andreas Luttmer-Bensmann von der Arbeit der KAB und der Struktur des katholischen Verbands. Wir haben über menschenwürdige Arbeit im digitalen Zeitalter gesprochen. Dabei teilte Andreas Luttmer-Bensmann Eindrücke mit, die er aus vielen Betriebsbesuchen gewonnen hat. Kerstin Griesse berichtete von der Qualifizierungsoffensive (Weiterbildung), die das SPD geführte Arbeitsministerium in den Bundestag einbringt. Außerdem ging es um die Frage der Gesellschaftsgestaltung von morgen. Wolfgang Thierse betonte, dass Solida-

rität für eine gerechte Gesellschaft unabdingbar ist. Andreas Luttmer-Bensmann sprach in diesem Zusammenhang auch die internationale Solidarität an, die für eine gerechte Wirtschaftspolitik auch in der Verhandlung von internationalen Freihandelsabkommen unabdingbar ist. Der AKC und die KAB wollen zu diesen Themen im Gespräch bleiben. Wir wollen euch deshalb dazu ermutigen, vor Ort mit den KAB-Gruppen ins Gespräch zu treten. Trefft euch doch einmal zum Austausch oder ladet KAB-Vertreterinnen und Vertreter zu euren Veranstaltungen ein, so der AKC. Der Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich aus ihrem christlichen Glauben heraus in der SPD engagieren. „Wir wollen christliche Überzeugungen für sozialdemokratische Politik fruchtbar machen. Zugleich suchen wir den



Treffen zwischen SPD und KAB: Wolfgang Thierse, ehemaliger Bundestagspräsident; Kerstin Griesse, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium; Andreas Luttmer-Bensmann, KAB-Bundsvorsitzender, und Dagmar Mensing vom Sprecher/-innen-Kreis des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD (von links). Foto: AKC

Dialog mit Kirchen, kirchlichen Verbänden und Gruppen. Auf Katholiken- und Kirchentagen stellen wir uns der Diskussion und bieten unseren Beitrag

an“, so das Selbstverständnis des Arbeitskreises, der sich bis 2007 noch in einen evangelischen und einen katholischen Arbeitskreis aufgliederte.

LESERBRIEFE

Solidarische Rente ist sehr wichtig

Leserbrief zu „Generationenvertrag solidarisch gestalten“, in Impuls III/2018

Ich halte es für gesellschaftlich außerordentlich wichtig, eine solidarische Rente, trotz der vielschichtigen Probleme, zu erhalten. Allerdings kann der in Ihrer Zeitung 4/2018 abgebildete Münchener Rentner Dietmar Malich an diesem solidarischen System in seinem Berufsleben nicht mitgewirkt haben. Eine Rente von 790 Euro ist selbst bei kleinen Einkommen nicht möglich, wenn der Beitragszahler 45 Jahre Versicherungs-

beiträge eingezahlt hat. Haben Sie einmal recherchiert, warum Herr Malich nur solch eine geringe Rente hat? Das wäre doch für eine solide journalistische Arbeit eine Grundvoraussetzung. Hat er nur geringe Versicherungsjahre, und warum? Wenn Sie in Ihrer Zeitung über solche Ausnahmefälle berichten, wäre es sinnvoll, auch die Hintergründe für solche Minimalrenten darzustellen. Sicher ist nämlich eins: Auch nach einer Rentenreform wird es Rentnerinnen und Rentner geben, die aus den verschiedensten Gründen nur kleine Renten beziehen werden, und das ist gegenüber allen Beitragszahlern nur gerecht.

Edmund Brudlo, Oberhausen

Interreligiöser Dialog

Leserbrief zu „Gemeinsamkeit im Gebet“, in Impuls IV/2018

Wir haben hier vor Ort ebenfalls einen ähnlichen interreligiösen Dialog von katholischen und evangelischen Christen mit den muslimischen Mitbürgern unserer Stadt.

Hermann Wiegert, Oberkirch

Toleranzgrenze erreicht

Leserbrief zu „Rente nach 2025 planen“, in Impuls V/2018

Seit Jahren muss ich das Abdriften der KAB in die Linksparteien ertragen. Ir-

gendwann ist meine Toleranzgrenze erreicht. Das Polizeigesetz in Bayern ist eine sehr gute Sache, die sich viele Menschen im Land wünschen. Auf der ersten Seite Wahlwerbung für die SPD zu machen, unterstütze ich nicht mehr. Auf einer Wahlveranstaltung forderte der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard!! – wie klug und vorausschauend –, die Zechen zu schließen und moderne Industrie anzusiedeln. Wäre die SPD seinen Worten gefolgt, wäre NRW ein blühender Staat wie das CSU-geführte Bayern. Statt dessen demonstrierten die Genossen noch Jahrzehnte für den Erhalt der subventionierten Kohle.

Roswitha Schmitt, Haltstadt

Das Verschwinden der Arbeitsplätze

Auf der „Wir drehn am Rad“-Tour zeigt sich der rasante Wandel in der heutigen Arbeitswelt

Wie sieht mein Arbeitsplatz im Jahr 2030 aus? Diese Frage beantwortete der Hildesheimer Diözesansekretär Dr. Timo Freudenberger in der KAB-Arbeitshilfe „Arbeit. Macht. Sinn.“

Per Gesichtserkennung gelangt er in sein Büro. Dort ist auch keine Verwaltungskraft mehr zu finden, sondern durch Automatisierung und Technisierung sind im Bischöflichen Generalvikariat fast alle Verwaltungsstellen automatisiert, sprich wegrationalisiert worden. Buchungscomputer erledigen automatisch die Arbeit. Und der eigene Arbeitsplatz: „Von meinem Schreibtisch aus kann ich alle Mitglieder über einen KAB-Messenger informieren und ihnen die Unterlagen zukommen lassen“, so Freudenberger. Dem Katholik sind aber die menschlichen Beziehungen wichtig, denn „Kommunikation findet immer durch die Elektronik gefiltert statt“. Er weiß, in 20 Jahren sehnt er sich nach den „traditionellen“ Besprechungen.

Doch der Arbeitsplatz 4.0 ist schon Realität, wie das KAB-Team von „Wir drehn am Rad – Faire Arbeit on Tour“ in Betriebsbesuchen quer durchs Land erfahren konnte. So hat sich MAN Energy Solution in Augsburg auch im Bereich Nachhaltigkeit und Wirtschaft 4.0 neu aufgestellt. „Unser Arbeitsplatz der Zukunft wird gerade in einem Pilotprojekt umgesetzt“, berichtet Werner Wiedemann, Betriebsratsvorsitzender in Augsburg und Gesamtbetriebsratsvorsitzender. Beim einstigen Unternehmen Motorenwerke Augsburg Nürnberg (MAN), in dem die Geburtszündung des Diesels erfolgte, arbeiten heute 4000 Menschen. Um-

gekehrt hat sich der Anteil der Angestellten gegenüber den Gewerblichen, den in der Produktion Tätigen, drastisch verändert. Waren einst zwei Drittel in der Produktion und ein Drittel in der Verwaltung angestellt, so sind es heute 72 Prozent Angestellte. Outsourcing, Automatisierung, Produktionsverlagerung und Technisierung haben viele Arbeitsplätze verschwinden lassen. Keinen festen Arbeitsplatz haben die etwa 56 Mitarbeiter/-innen, die an einem Modellprojekt teilnehmen. „Für den neuen Arbeitsplatz der Zukunft konnten alle Vorschläge machen, wie die Arbeitsräume gestaltet sein sollen“, erzählt Wiedemann. Am Ende entstand ein behagliches Office mit äußerst bequemen Stühlen, einer optimalen Beleuchtung, aber ohne einen persönlichen Arbeitsplatz. „Wer morgens zur Arbeit kommt, muss sich einen Arbeitsplatz suchen“, sagt der Betriebsrat. Somit können nicht alle gleichzeitig zur Arbeit kommen. Erfahrungswerte zeigen, dass dies auch nicht der Fall ist. Zu Beginn der Arbeitszeit wird der Arbeitsplatz eingerichtet, am Ende aberäumt und in einem Spint wieder verstaut.

NEUE ARBEIT HOME-OFFICE

Einen festen Arbeitsplatz im Betrieb haben auch die Nutzer des Home-Office nicht mehr. „Dennoch haben wir in einer Vereinbarung geregelt, wie der Arbeitsplatz zu Hause auszusehen hat. Ein Laptop am Küchentisch reicht nicht aus“, erklärt Wiedemann. Denn das Arbeitszeitgesetz gilt auch für Home-Worker in den eigenen vier Wänden. Und das besagt: „Die tägli-

che Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten.“ Aufgabe des Betriebsrates ist es, darauf zu achten, dass dies auch eingehalten wird. „Das wird natürlich auch kontrolliert. Als Betriebsrat schauen wir, ob die Arbeitssituation vor Ort ein normales Arbeiten ermöglicht“, betont auch Marco Steinborn, Betriebsrat bei den Kölner Verkehrsbetrieben (KVB), wo dank der digitalen Vernetzung ebenfalls Regelungen über Home-Office-Arbeitsplätze um-

ßen Industriehalle der ehemaligen Spinnerei erinnert an ein großes Stehcafé. Open Space, offener Raum für kreative Gedanken und Ideen sollen sich hier zu neuen Geschäftsmodellen entwickeln. Jedes Start-up hat eine kleine Nische in der eingezogenen Ebene. Die Plätze sind nicht ständig besetzt, berichtet Sophia Negro. Mancher Jungunternehmer des digitalen Business kommt erst nach der regulären Arbeit, nach seinem Seminar oder



Der große Traum – arbeiten, wo man will.

Foto: Orgatec

gesetzt wurden. Den Kindertraum vom Straßenbahnfahrer zerstört der Chef der Kölner KVB-Leitstelle, Paul Timmer. Er ist überzeugt, dass in naher Zukunft die U-Bahnen führerlos fahren. Keinen eigenen, aber einen offene Arbeitsplatz können seit gut einem Jahr junge Start-up-Unternehmer im neuen Gründerzentrum „Allgäu Digital“ in Kempten mieten. Die Arbeitsatmosphäre in der 400 Quadratmeter gro-

einfach am Sonntag an seinen Start-up-Arbeitsplatz. Offener Arbeitsplatz mit offener Zeiteinteilung. Da ist es für die Radler der „Wir drehn am Rad“-Tour fast schon Nostalgie, zu sehen, dass bei der Beschäftigungsgesellschaft Dorstener Arbeit die jungen Menschen noch mit Schweißgerät und Schraubenzieher an den Oldtimern ihre Ausbildung absolvieren.

Mehr auch unter:
www.arbeitszukunft.de

Arbeitsplatz Fahrrad: Liefern am Limit

deliveroo-Betriebsrat kämpft für Mitbestimmung in der Plattform-Ökonomie / Gericht entscheidet

„Ich will endlich, dass sie uns als Menschen und als Arbeitnehmer wahrnehmen. Es kann nicht sein, dass demokratische Mitbestimmungsrechte ausgeschaltet werden können“, sagt Orry Mittenmayer im Gespräch mit IMPULS. Mittenmayer, der seit Oktober in Marburg Politische Wissenschaft studiert, kämpft derzeit mit einer Klage vor dem Kölner Arbeitsgericht gegen den Online-Lieferanten deliveroo auf Wiedereinstellung als Fahrradkurier.

Begonnen hatte der ehemalige Kölner im Januar 2017 bei dem Online-Unternehmen, als das 2013 gegründete Londoner Start-up mit Millionen Zuschüssen von Finanzinvestoren in Deutschland an den Markt ging. Längst sind die Erwartungen des Landeschefs Felix Chrobog, Marktführer in Deutschland zu werden, geplatzt. Noch im April arbeiteten über 1500 Fahrradkuriere meist als Scheinselbstständige für das Unternehmen. Im August 2018 zog sich der Fahrrad-Lieferservice aus neun Städten wieder zurück. Geblieben sind die Großstädte Hamburg und Berlin.

NUR BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE

Orry Mittenmayer war in Köln einer der Fahrer der ersten Stunde. Der sympathische Fahrradkurier sah bald, dass die Arbeitsbedingungen miserabel waren. Pausenregelungen, wie sie im Arbeitszeitgesetz stehen, wurden von der deliveroo-Geschäftsleitung nicht gern gesehen. Die Fahrzeiten wurden so gelegt, dass eine Pause außerhalb der Arbeit in die freie Zeit fiel. Nur befris-

tete Arbeitsverträge. Arbeitsgeräte wie Fahrrad oder Smartphone müssen die Kuriere selbst mitbringen und pflegen. Und oft wurde der Lohn erst knapp vor Ablauf der Probezeit gezahlt. Zeitdruck bei der Auslieferung und ständige Kontrolle brachten den engagierten Fahrradkurier dazu, gewerkschaftlich und betrieblich aktiv zu werden. Beschwerden und Anregungen über die Arbeitsbedingungen konnten lediglich per E-Mail an die Geschäftsleitung geschickt werden. Die Antworten waren selten zufriedenstellend. Orry und wei-

beiten, wann Du willst! Plus einer guten Vergütung“ anbietet, mag keine engagierten Mitarbeiter. Konkret bedeutet Flexibilität unsichere und befristete Beschäftigungsverhältnisse knapp über dem Mindestlohn.

Orrys betriebliches Engagement zahlte sich für ihn nicht aus. Sein befristeter Vertrag wurde nicht verlängert. deliveroo hatte ein Betriebsratsmitglied weniger. Der Student wechselte zum Kurierdienst Lieferando, einem Internetportal, wo Kunden direkt beim Restaurant bestellen können. Doch

Online-Lieferbranche, ob foodora, das zum Berliner Börsenunternehmen deliveroo-Hero zählt oder der Münsteraner Getränke-Online-Lieferant „Flaschenpost“, die Mitbestimmung steht außen vor und der Arbeitnehmer wird als Kostenfaktor gesehen.

Über die sozialen Medien organisierte sich die Kampagne „Liefern am Limit“, an der Orry Mittenmayer mitarbeitet. Die Initiative will Solidarität herstellen, faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt, dass sich die jungen Kuriere vernetzen und erkennen, dass Gewerkschaften, Betriebsräte und Mitbestimmung wichtig sind. Auch deshalb klagt Orry Mittenmayer vor dem Kölner Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung.

Mit „Liefern am Limit“ wollen sie aufdecken, welche gesetzeswidrigen Praktiken in der Branche herrschen. Gemeinsam mit der NGG und dem gegründeten Netzwerk „Liefern-am-Limit“ streitet er derzeit vor Gericht. Der nächste Termin findet am 14. Dezember vor dem Kölner Gericht statt. „Es geht mir darum, dass die Unternehmen erkennen, dass es Arbeits- und Sozialrechte gibt, die auch für ihre Mitarbeiter gelten und Respekt vor den Leistungen der Fahrer haben“, erklärt Orry. Der Großteil der Kuriere sind Migranten oder Flüchtlinge, die weder die deutsche Gesetzeslage noch Arbeits- und Sozialrechte kennen. Derzeit kämpfen „Rider“ von foodora in Münster gegen die schlechten Arbeitsbedingungen bei foodora. Dort versucht die Geschäftsleitung, mit juristischen Tricks zu verhindern, dass die Beschäftigten einen Betriebsrat gründen können.



Fahrradkuriere kämpfen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Foto: Rabbe

tere Kolleginnen und Kollegen initiierten Betriebsratswahlen. Im November 2017 wurde er zum ersten Betriebsrat bei deliveroo gewählt.

Das Unternehmen, das in Deutschland Fahrradkuriere mit dem Versprechen von hoher Flexibilität („Deinen Tag nach deinen Regeln gestalten“) wirbt und seinen Fahrern „die Freiheit zu ar-

auch hier wurde sein Vertrag Mitte August gekündigt. Nicht zuletzt sorgte sein Auftritt mit Arbeitsminister Hubertus Heil und KAB-Diözesanpräses und Betriebsseelsorger Erwin Helmer Ende April in der TV-Sendung „hart aber fair“ für Aufsehen. Gleichzeitig wurde für Orry klar, dass deliveroo kein Einzelfall ist. Die Start-ups der

Annelie Buntenbach: Kein Maulkorb für die Beschäftigten

Fast unbemerkt ist kurz vor der Sommerpause ein Gesetzentwurf zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen durchs Kabinett gegangen, bald soll er im Bundestag ankommen. Das Gesetz droht zum Maulkorb für Beschäftigte und ihre Interessenvertreter zu werden.

Das Problem ist nicht, dass das Geschäftsgeheimnis erstmals gesetzlich definiert werden soll. Problematisch ist, wem die Definitionshoheit eingeräumt wird: Unternehmer und Manager sollen selbst entscheiden, was ein Geheimnis ist. Das kann eine Software zur Manipulation von Abgasen sein, aber auch Informationen über geplante Entlassungen oder eine Werkschließung. Selbst Fachkenntnisse, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihrer Tätigkeit erworben haben, könnten als Geschäftsgeheimnis deklariert werden. Dabei reicht schon der Verdacht eines Arbeitgebers aus, um gegen Mitarbeiter vorzugehen. Die Sanktionen sind hart, sie liegen bei bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe.

Europaweite Standards für den Schutz der Unternehmen, etwa vor Wirtschaftsspionage, sind sinnvoll. Es wäre aber ein schwerer Fehler, diese Regelungen auf die individuellen und kollektiven Arbeitsbeziehungen anzuwenden. Im Arbeitsleben erhalten Beschäftigte und ihre Interessenvertreter viele Informationen, einige wollen und müssen sie verwenden.

Bei einem Jobwechsel etwa müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berufliche Kenntnisse nutzen können. Betriebsräte brauchen Informationen, um ihre gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen zu können.



Wo die Grenzen liegen, regeln heute sogenannte Verschwiegenheitsverpflichtungen – gesetzlich vorgeschrieben für Betriebs- und Personalräte oder Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, durch die Rechtsprechung entwickelt für den Einzelnen. So bleiben die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen gewahrt, ohne notwendigen Informationsaustausch zu verhindern. Nur so können Arbeitsbeziehungen funktionieren.

GEPLANTES GESETZ SETZT GLEICHGEWICHT AUFS SPIEL

Das geplante Gesetz setzt dieses Gleichgewicht aufs Spiel. Es ist eine Rolle rückwärts in vorindustrielle Zeiten, in denen Mitbestimmung ein Fremdwort war und „der Patriarch“ allein das Sagen hatte: Mein Fabrikschlot, mein Gewinn, mein Geheimnis! Die Abgeordneten sollten genau abwägen, ob das der richtige Kurs für das digitale Zeitalter ist.

Annelie Buntenbach,
Mitglied des DGB-
Bundesvorstands

Römer brachte den freien Sonntag

Frankfurt. Mit Feierlichkeiten hat die Stadt Frankfurt die Restaurierung der Altstadt rund um den Römer gefeiert. Grund genug für die KAB Rhein-Main auch an den römischen Kaiser Augustus zu erinnern, der zu Ehren Gottes im Jahr 321 den freien Sonntag eingeführt hat. Am Eingang des Frankfurter Doms machte die KAB mit Liegestühlen darauf aufmerksam, dass der „Sonntag ein Geschenk des Himmels“ ist, der auch in Zukunft in Frankfurt arbeitsfrei sein muss, so Andreas Mengelkamp. An der Wiedereröffnung der Altstadt rund um den Römer nahmen über 100.000 Menschen teil.

Schmickler predigt bei Barbara-Messe

Duisburg. Der Leverkusener Kabarettist Wilfried Schmickler wird am 9. Dezember, aus Anlass des Barbara-Tages, der Schutzheiligen der Bergleute, in einem ökumenischen Gottesdienst predigen. Der Barbara-Gottesdienst, den die KAB gemeinsam mit dem Evangelischen Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt Duisburg, dem Betriebsrat der Hüttenwerke Krupp Mannesmann und der IG Metall veranstaltet, findet in der Werkhalle von HKM (Hüttenheim) statt. Das Programm des durch die WDR-Mitternachtspitzen bekannten Kabarettisten und das Fest der Schutzheiligen steht unter dem Motto „Macht hoch Tor 1“.

Zuwächse in der KAB Siegen

Siegen. Während einige KAB-Vereine im Sauerland keinen Vorsitz mehr finden oder ihre Mitglieder verlieren, kann die KAB St. Michael weiter Zuwächse in der Mitgliedschaft verzeichnen. Der Verein aus dem Siegerland hat nicht nur einen regen Männerchor, sondern kümmert sich um Flüchtlinge und ist auch in der Gemeinde der mitgliederstärkste Verband. Allein in diesem Jahr konnte Vorsitzender Michael Heinz sechs neue Mitglieder begrüßen. Der Verein, der im März 1948 nach der Zeit des Nationalsozialismus wieder gegründet wurde, feierte nun sein 70-jähriges Jubiläum.

CDU-Sozialminister zu KAB-Forderung

Dortmund-Barop. Die Forderung der KAB Deutschlands nach menschenwürdiger Arbeitswelt ist auch in der Politik angekommen. Auf der Jubiläumsfeier der KAB Barop zum 110-jährigen Bestehen unterstrich NRW-Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann das Recht auf Menschenwürde auch am Arbeitsplatz, wie es die KAB auf Grundlage der christlichen Soziallehre stets anmahnt und auch für die Arbeitswelt 4.0 einfordert. In seiner Festrede ging er auf die Situation von Leiharbeitern ein. Diese hätten es immer schwerer, von den Unternehmen, die ausleihen, in eine Festanstellung übernommen zu werden. „Wir wollen die Unternehmen zwingen, die Menschen wieder einzustellen“, sagte Laumann. So haben SPD und Union in Berlin beschlossen, dass eine Übernahme zwingend ist, wenn der Leiharbeiter zweimal hintereinander beschäftigt war. Die KAB Barup ist 1908 aus dem Kirchbauverein entstanden.

Aus für das Josef-Gockeln Haus der KAB

Suche nach Investor gescheitert / Belegungsloch in den Sommermonaten führte in die Insolvenz

Rahrbach/Köln. Das Josef-Gockeln-Haus stellt am 31. Dezember 2018 seinen Geschäftsbetrieb ein. Dies teilte der Insolvenzverwalter in einer Pressemitteilung den örtlichen lokalen Medien mit. Das KAB-eigene Familienferienheim wurde 1964 vom damaligen KAB-Verbandssekretär Alfons Müller eröffnet und sollte kinderreichen Familien Urlaub, Freizeit und Bildung zukommen lassen. Am 1. Juli dieses Jahres hatte das Amtsgericht Siegen mit Beschluss das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Josef-Gockeln-Hauses der KAB gGmbH eröffnet. Der Grund waren fehlende Belegungszahlen. Der Insolvenzverwalter hielt seither gemeinsam mit der Belegschaft den



Das Josef-Gockeln-Haus der KAB in Rahrbach schließt zum Jahresende.

Foto: Rabbe

Geschäftsbetrieb mit dem Ziel aufrecht, einen Investor für die Übernahme des Hauses zu finden. Dies ist leider nicht gelungen. Diverse Interessenten, die sich mit einem Erwerb des laufenden Betriebes inklusive Immobilien beschäftigt hatten, sagten letztlich ab, so Janßen. Daher musste der Insolvenzverwalter die Entscheidung treffen, das Josef-Gockeln-Haus mit Ablauf des 31. Dezember 2018 zu schließen. Bis dahin wird der Geschäftsbetrieb noch aufrechterhalten; die letzten Gäste werden das Haus am 15./16. Dezember 2018 verlassen. Für die Grundschüler und die DLRG-Ortsgruppe Welschen Ennest bedeutet das Aus auch das Ende der Schwimmkurse.

Bildung findet auch auf der Straße statt

Münster. Zwei hölzerne Roboter werden aufgebaut, Papphocker gefaltet, neugierige Passanten bleiben stehen. Was muss getan werden, damit die Digitalisierung der Arbeitswelt menschengerecht gestaltet wird? Mit dieser Fragestellung gestaltete der Stadtverband Münster eine Diskussionsrunde im Freien. Auf der Stubengasse in Münster bauten die Verantwortlichen pünktlich zum Wochenende am Sonnabend einen Pavillon, zwanzig Papphocker und zwei Holzroboter auf. Die geladenen Gesprächspartner, Stefan Orth von den Grünen und Michael Krapp von der ÖDP sowie Michael Grammig von der KAB fanden noch rasch interessierte Passant/-innen, die sich mit ihnen über menschenwürdige Arbeit, ihre Erfahrungen mit der Digitalisierung

und nötige politische Weichenstellungen unterhalten wollten. Ein guter Schutz der privaten Freizeit und die Ermöglichung sozialer Direktkontakte waren dabei zwei wichtige Anliegen.

MIT GUTER BILDUNGSARBEIT ZU DEN MENSCHEN GEHEN

Im Gespräch, das von Ortrud Harhues vom Bildungswerk der KAB Münster moderiert wurde, ist schnell deutlich geworden, dass die zunehmende Vermittlung von Aufträgen an Soloselbstständige über digitale Plattformen (Clickworking) den Arbeitnehmerstatus und das bundesrepublikanische System der sozialen Sicherung bedrohen und hier neue Ideen gefragt sind. Die KAB-Vorstellungen von einem garantierten Grundeinkommen erhalten

hier eine ganz neue Aktualität. Marlies Jägering, Vorsitzende des Stadtverbands der KAB, war gut zufrieden: „Die KAB ist mal aus dem Pfarrheim heraus gekommen und hat die Digitalisierung in die Öffentlichkeit getragen. Viele Passanten konnten mitdiskutieren. Es gab wichtige Kurzgespräche am Rande und positive Rückmeldungen zum Thema und zum Veranstaltungsformat. Sowas sollten wir öfter machen.“ Bereits auf dem Katholikentag in Münster wurde ein ähnliches Bildungs- und Gesprächsmodell von der Nichtregierungsorganisation „Mehr Demokratie“ praktiziert. Unter einer hölzernen, aber offenen Kuppel konnte jeder Passant beziehungsweise Katholikentagbesucher sich an der Diskussion zur Zukunft Europas beteiligen. Ergebnisse wurden im Internet präsentiert.



Mit der Bildungsarbeit zu den Menschen auf die Straße gehen, praktizierte die KAB Münster.

Foto/Text: L. und O. Hahrhues

KAB-Tour-Film begeistert Bischof

Lingen/Berlin. Die KAB-Aktion „Wir drehn am Rad – Faire Arbeit on Tour“ hatte auch den Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode am Krankenbett in der Berliner Charité erreicht. Der Osnabrücker KAB-Diözesanverband hatte die Ankunft und den Besuch der Tour-Teilnehmer/-innen am Atomkraftwerk Lingen in einem Film zusammengefasst und ihrem Bischof gesendet. „Mit Freude und Überraschung habe ich das tolle Video in Berlin gesehen und gehört. Es hat mich sehr bewegt, wie Sie mich bei Ihrer interessanten Aktion ‚mitgenommen‘ haben. Ich hoffe, nun wirklich auf dem Weg der Heilung zu sein. Ihr Gebet wird dazu beitragen. Danke und Gottes Segen ihrer Aktion!“, so Bischof Bode an die KAB.

Gleichberechtigung ist mehr als Wählen

Ingolstadt. Beim KAB-Frauen-Frühschoppen in Ingolstadt diskutierten die Mitglieder des Arbeitskreises Frauen bei der KAB Eichstätt mit Landtagskandidat/-innen über Frauenrechte. Arbeitskreisvorsitzende Maria Brunner erinnerte an das Frauenwahlrecht und an die schlechte Bezahlung und Anerkennung der Pflegeberufe heute, die meist von Frauen besetzt sind. Hier hofft sie, dass die Politik in Bayern die Forderungen des Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand“ ernst nimmt.

Teil des Menschseins

München. Die KAB ist eine Bildungsbewegung. In diesem Sinne hat sie auf einer Veranstaltung die bayerische Politik aufgefordert, mehr für Bildung und berufliche Bildung zu unternehmen. „Bildung gehört zum Wesen des Menschseins und des Mensch-Werdens“, erklärte Ex-Landespräsident Charles Borge-Manché. Im Münchener Hofbräukeller löcherten die KAB-Mitglieder die bayerischen Spitzenpolitiker von CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen mit Fragen zur Erwachsenenbildung und zur politischen Bildung. Bayerns „oberster Bildungschef“ Bernd Sibler setzt in der Grundschule an. Er ist der Meinung, dass vor allem die Grundlagen besser sitzen müssen, nämlich Lesen,

Schreiben und Rechnen, denn „das ist die Basis von ganz konkretem Wissen und von der Fähigkeit, Informationen zu bewerten“. Hannes Kreller, KAB-Diözesanvorsitzender der KAB München-Freising, forderte die Politiker/-innen auf, Freiräume für Bildung zu schaffen. Bildungszeit und Bildungsfreistellung sind wichtige Voraussetzungen für Berufstätige, Bildung, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bekommen. Schließlich sei Bayern das einzige Bundesland, das kein Bildungszeitgesetz habe, kritisierte Kreller. SPD-Politikerin Diana Stachowitz unterstützte das Recht auf Bildungszeit und forderte auch die Arbeitgeber auf, dies stärker zu ermöglichen.

Einsatz für Wucherpennig

Limburg/Frankfurt. Die Delegierten des KAB-Bezirkstages Rhein-Main haben sich gegen das Lehrverbot von Pater Ansgar Wucherpennig SJ, dem Rektor der Frankfurter Hochschule St. Georgen, ausgesprochen. Der Vatikan hatte dem Theologen die Nihil opstat, die Unbedenklichkeitserklärung verweigert. Auf dem KAB-Bezirkstag schlossen sich die Delegierten dem Aufruf von Pfarrern aus Frankfurt an, die die „Maßregelung des unbescholtenen und in Frankfurt sehr geschätzten Wissenschaftlers durch die römischen Behörden“ kritisieren. Aussagen von Wucherpennig zum Thema Homosexualität und zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare war die Begründung. Pfarrer der katholischen Pfarrei-

en in Frankfurt haben ebenso wie Theologieprofessoren sich mit Wucherpennig solidarisiert. „Der Versuch, das offene Gespräch über Sexualfragen innerhalb der Kirche zu unterbinden, ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt genau das falsche Signal ... Vielen von uns Pfarrern begegnen in unseren Gemeinden immer wieder Paare, die sich für ihren gemeinsamen Weg den Segen der Kirche wünschen. Wir unterstützen diesen Wunsch mit Nachdruck“, so die gemeinsame Erklärung. Sie mahnen Papst Franziskus, endlich den versprochenen „offenen Dialog ohne Vorurteile“ zu führen. Die KAB Rhein-Main beschloss einstimmig, die solidarische Petitionsadresse im Internet zu unterstützen.

JEFTA: Gefahr der Wasserprivatisierung

Margot Rieger: Nicht tatenlos zusehen / KAB spricht sich gegen Freihandelsabkommen mit Japan aus

Traunstein. Im Dezember will die EU-Kommission feierlich das Freihandelsabkommen mit Japan (JEFTA) unterzeichnen. In einer Großveranstaltung zum Thema „Wasser und Abwasser vor Privatisierung schützen“, warnte Franz Rieger von der KAB Engelsberg in Bayern vor den Auswirkungen des Freihandels für Mensch, Natur und Umwelt und vor sozialen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Folgen. So fehlen bei JEFTA wesentliche Bestimmungen, die den Staaten das Recht einräumen, ihre eigenen natürlichen Wasserressourcen zu schützen, erklärte Wasserexpertin Christa Hecht von der Allianz für öffentliche Wasserwirtschaft (AöW e.V.), die die Interessen der rein öffentlichen Wasserver- und Abwasserentsorger vertritt. Gab es bei CETA, dem EU-Kanada-Abkommen, noch einen deutschen Vorbehalt



Franz und Margot Rieger kämpfen gegen ungerechte Abkommen. Foto: Erlenkötter

im Bereich der Privatisierung in der Wasserwirtschaft, so sei dieser Schutz im JEFTA-Abkommen gestrichen worden. Die Expertin sieht damit ein „Einfallstor für private Investoren, wie die internationalen Wasserkonzerne

Veolia und Suez“. Die Vorgaben der deutschen Trinkwasserverordnung als Grundlage für sauberes Trinkwasser könnten von den multinationalen Konzernen als Handelshemmnis eingestuft werden. Die Folge wäre eine

Absenkung der Leitungswasserqualität, so Hecht vor Kommunalpolitikern im vollbesetzten Salierkeller. KAB-Mitglied Margot Rieger von der Initiative „STOPP TTIP BGL“ rief die Politiker dazu auf, nicht „tatenlos zuzusehen bis es zu spät ist und das Abkommen endgültig beschlossen ist“. Dem JEFTA-Abkommen mit einem Umfang von einem Drittel der Weltwirtschaftsleistung wurde bereits im Juli symbolisch zugestimmt, doch offiziell soll es im Dezember unterzeichnet werden. Die KAB-Bundesvorsitzende Maria Etl rief die EU-Parlamentarier/-innen auf, JEFTA nicht zuzustimmen. „Wasser ist keine Ware wie Autos oder Computer, Wasser ist ein Grundrecht für Mensch, Tier und Pflanzen und darf nicht dem Markt überlassen werden“, betonte Maria Etl, die die kommunale Daseinsvorsorge in Gefahr sieht.

Fairer Handel für Afrika

Rottenburg-Stuttgart. Mehr als 75.000 Menschen sind bis Anfang November dem Aufruf des KAB-Diözesanverbandes Rottenburg-Stuttgart gefolgt, sich gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den ostafrikanischen Staaten auszusprechen. KAB-Diözesansekretär Peter Niedergesäss, der die Unterschriften-Petition gemeinsam mit der CWM-Partnerbewegung in Uganda ins Leben gerufen hat, um EU-Kommisarin Cecilia Malmström aufzufordern, das Wirtschaftsabkommen zu stoppen. „Mit dem Abkommen in dieser Form werden die Existenzen vieler Bauern in Ostafrika gefährdet und lokale und regionale Märkte vernichtet“, erklärt Mitinitiator Nieder-

gesäss. Die KAB unterstützt damit den Wunsch des ugandischen Präsidenten Museveni, der im Namen der ostafrikanischen Gemeinschaft den Dialog zu fairen Handelsbeziehungen öffnen will. Dazu gehören Vereinbarungen für nachhaltige Entwicklung und bindende sowie einklagbare Regeln zur Einhaltung der schützenden ILO-Kernarbeitsnormen. Das Abkommen nütze der europäischen und schade der ostafrikanischen Wirtschaft. „Unter solchen wirtschaftlichen Voraussetzungen bekommt der Begriff Wirtschaftsflüchtling eine ganz andere Bedeutung“, so Niedergesäss. **Petition unter www.kab-drs.de oder www.change.org/fairer-handel**

Kirchenasyl ist ein Härtefall

Paderborn/Höxter. Gegen die Verschärfungen der Bedingungen des Kirchenasyls hat sich die KAB im Bezirk Paderborn-Höxter ausgesprochen. Die Konferenz der Innenminister hatte die Vorschläge des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) begrüßt, dass die Kriterien erweitert werden, nach denen eine Überstellung von Flüchtlingen nach dem Dublin-Abkommen nach der 18-Monate-Frist vereinfacht wird. Die Verschärfungen widersprechen der biblisch-christlichen Tradition und den Erfahrungen, die Deutsche während der Nazidiktatur erleben mussten, erklärt die KAB. „Beim Kirchenasyl handelt es sich um ganz besondere Härtefälle“, erklärt Konrad Nagel-Schrottman. Bisher

gab es zwischen dem BAMF, der EKD und dem Katholischen Büro detaillierte Regeln für die Tolerierung von Kirchenasyl. Mit den Entscheidungen der Innenministerkonferenz (IMK) ist diese Vereinbarung praktisch gekündigt worden. So reicht jetzt die Zeit für fachärztliche Gutachten nicht aus, die einen Härtefall feststellen. Kommt dann das BAMF zum Schluss, dass kein Härtefall vorliegt, muss das Kirchenasyl innerhalb von drei Tagen beendet werden. Auch die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ kritisiert die IMK-Entscheidung und hofft wie die KAB Paderborn, dass wieder ein humanitäres Vorgehen beim Kirchenasyl umgesetzt wird.

Dr. Marx auf KAB-Bühne



Aufklärung durch Wettstreit: Frau Kapital und Dr. Marx in Trier. Foto: KAB

Trier. Zum Abschluss des 200. Geburtsjahres von Karl Marx hat die KAB im Diözesanverband und das Bistum Trier das Musiktheaterspiel „Frau Kapital und Dr. Marx“ auf die Bühne gebracht. Das Duell im Duett zwischen Frau Kapital, gespielt und gesungen von Christa Weber, und Karl Marx, gespielt von Raiko Hannemann, setzte sich mit dem Wesen und dem Ursprung des Kapitals in musikalischer und unterhaltsamer Weise auseinander. Angelehnt an das Hauptwerk „Das Kapital“ des in Trier geborenen Philosophen und Ökonoms verdeutlicht der Protagonist Marx seinem Gegenüber Kapital den Unterschied zwischen Produktentwurf und Warentausch, zwischen Tauschwert und Gebrauchswert, zwischen Wert und Preis der Ware und

nicht zuletzt zwischen der Arbeitskraft und dem aus ihr erzeugten Mehrwert. Die Musik von Christof Herzog und der Text von Christa Weber haben sich der Stilmittel von Kurt Weill (Dreigroschenoper) und Hanns Eisler angenommen und so den Zuschauern einen unterhaltsamen und nicht zuletzt lehrreichen Theaterabend beschert. Der KAB Diözesanverband hatte das Berliner Weber-Herzog-Musiktheater eingeladen, um die Analysen Marx auch für die Gegenwart zu nutzen. So wurde das Musiktheater im Rahmen der Aktionswoche „DIGITALE_ARBEIT_MENSCHEN_WÜRDIG“ im Kulturzentrum Tuchfabrik aufgeführt. „Viele Besucher haben neue Erkenntnisse für die heutige Zeit gewonnen, so KAB-Sekretärin Ruth Mareien de Bueno.

Mehr Kontrolle am Sonntag

München/Neusorg. Eine verstärkte Überwachung bei der Sonntagsarbeit fordert die KAB Neusorg von der bayerischen Staatsregierung. Beim Treffen mit dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker beklagte die KAB, dass heute bereits jeder vierte Beschäftigte gelegentlich oder sogar ständig an Sonn- und Feiertagen arbeitet – Tendenz steigend. Deshalb müsse unnötige Sonntagsarbeit verhindert werden. Gabrielle Söllner, Vorsitzende der KAB Neusorg, forderte mehr Kontrollen, ob am Sonntag illegal gearbeitet werde und darüber hinaus die „laxe Genehmigungspraxis der Kommunen“ zu überprüfen. „Der Sonntag darf nicht zu einem Shopping-Event verkommen, so Söllner. Der CSU-Minister sprach sich auch für den Sonntagsschutz aus und betonte: „Wir

dürfen uns nicht einer Liberalisierung des Marktes unterwerfen, die nur den Profit zum Ziel hat. Menschenwürdiges Leben muss den Menschen Freiräume zur Erholung gewährleisten“.

AUTOWÄSCHE AM SONNTAG

Derzeit versuchen Tankstellenbetreiber den Sonntagsschutz mit der automatischen Waschanlage zu unterlaufen. Der Interessenverband der Tankstellenbetreiber hat im Oktober darauf hingewiesen, dass es bereits in sechs Bundesländern erlaubt ist, Autos zu waschen. Nun wird versucht, bundesweit die Waschanlagen sonntags zu öffnen. Ver.di kündigte Widerstand an, da Autowaschen kein Freizeitvergnügen ist.



Vorsitzende Gabrielle Söllner überreichte Staatsminister Albert Füracker (Zweiter von links) einen Sonntagskuchen. Mit im Bild MdL Tobias Reiß und Neusorgs zweiter Bürgermeister Dr. Günther Fütterer (von links). Foto: KAB

KAB unterstützt Arbeiterprotest

Fulda/Langenselbold. Gemeinsam mit Gewerkschaften unterstützt die KAB die Beschäftigten bei Thermo Fischer in Langenselbold. Über hundert Stellen will das Unternehmen von Langenselbold nach Ungarn und Schottland verlegen. Fragen des Betriebsrats an die Unternehmensleitung wurden nur zum Teil oder gar nicht beantwortet. Für die Beschäftigten und die Arbeitnehmerorganisationen ist die Arbeitsplatzverlagerung „Bullshit“ wie bei dem Protest Ende Oktober auf T-Shirts zu lesen war. „Hier wird ohne Not und rein aus Profitgier die Existenz von 100 gut ausgebildeten Beschäftigten und ihren Familien aufs Spiel gesetzt“, erklärt Marga Hundeborn von der KAB Bruckköbel und KAB-Aufsichtsratsmitglied. Mit dem Protest hoffen die Arbeitnehmer, die Geschäftsleitung zum Umdenken zu bewegen.

E-Mail-Einsatz für KAB-Rentenmodell

Bernhard Völk ist zwar kein KAB-Mitglied, doch der engagierte E-Mail-Schreiber hat das KAB-Rentenmodell an Bundestagsmitglieder und speziell an zwanzig Mitglieder des Bundestagsausschusses Arbeit und Soziales mit der dringenden Frage geschickt, wie Altersarmut verhindert werden kann und welche Möglichkeiten das Cappuccino-Modell dafür leistet. Völk erhielt gleich umfangreiche Post von den Parteien. So sieht die Linke, Jessica Tatti wichtige Ansätze des KAB-Modells auch in der solidarischen Mindestrente ihrer Fraktion. Peter Weiß, Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe sieht dagegen die niedrigen Einkünfte aus der gesetzlichen Rente nicht als Indikator für Altersarmut.



Digital global
Miteinander für mehr Menschenwürde!

Ihre Spende hilft!

Weltnotwerk e.V. -
Solidaritätsaktion der KAB
Deutschlands
Tel.: 0221-7722 145
SPENDENKONTO
PAX BANK KÖLN
DE80 3706 0193 0016 1510 25



Der Kirche fehlt die Arbeitswelt

Kritik an der katholischen Kirche und ihrem Abstand zur Arbeitswelt äußerte der Sozialpfarrer und KAB-Mitglied Peter Kossen. Im Interview mit der KAB Münster erklärte der engagierte Lengericher Theologe, dass sich die katholische Kirche aus den Problemen der Arbeitswelt heraushalte und sich zu wenig gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in der heutigen Wirtschaft einsetze.

„Nach meiner Erfahrung haben die Bischöfe Angst davor, Steuerzahlern vor den Kopf zu stoßen und sie zu verlieren“, erklärt Kossen. Denn oftmals seien die großen Unternehmen auch wichtige Kirchensteuerzahler. Die Kirche müsse sich selber fragen, ob ihre Arbeitsbedingungen menschenwürdig sind. So werden in vielen katholischen Einrichtungen Arbeitnehmer und Beschäftigte ausgegliedert, um den Caritas-Tarif zu umgehen. Er fordert die Bischöfe auf, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, denn dies sei eine Frage der „Glaubwürdigkeit der Kirche“. Er stellt die Notwendigkeit von Ausgliederungen in Frage. Die Caritas hat die Vorwürfe von Sozialpfarrer Peter Kossen zurückgewiesen. In einem Bericht der Bistumszeitung Münster „Kirche und Leben“ weist Heinz-Josef Kessmann, Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes den Vorwurf zurück: Im Kernbereich unseres Auftrages haben wir bundesweit eine Tarifbindung von 97 Prozent“. Gleichwohl gebe es Ausgliederungen, indem Caritas-Träger gewerbliche Betriebe gründen, „dann gilt ausdrücklich nicht der Caritas-Tarif“, so Kessmann. Dort werde dann der branchenübliche Tarif gezahlt.

Kossen, der seit vielen Jahren die unwürdigen Arbeitsbedingungen anprangert und sich für eine faire Entlohnung einsetzt, erinnerte erneut an die unwürdigen Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie (siehe Interview), die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch irreguläre Beschäftigung von Arbeitsmigranten ersetze, Subunternehmen einschalte, Kernbereiche ausgliedere, um Leiharbeiter billig zu beschäftigen und diese unwürdig unterbringen.

Frage nach gelingendem Leben

Gastbeitrag von Hartmut Rosa über unsere Beziehung zu Arbeit und Welt

Viele Menschen streben nach einem gut bezahlten Job, einem Haus, einer Familie – doch sind diese Dinge Garantien für ein gutes Leben? Ein ordentliches Einkommen, ein Häuschen, Gesundheit und Fitness – dies sind alles letztlich Ressourcen, die ein gutes Leben ermöglichen können, aber keineswegs garantieren. Ein Mensch kann tief deprimiert sein, obwohl er über all das verfügt. Man muss die Frage nach einem gelingenden Leben also anders stellen.

Ich meine, es kommt darauf an, wie jemand mit der Welt verbunden ist. Wir leben in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen das Gefühl haben, einer stummen, gleichgültigen Welt gegenüberzustehen, und sich unglücklich fühlen. Menschen, die ein gelingendes Leben führen, haben eine lebendige Verbindung etwa zu anderen Menschen, zur Natur, zu ihrer Arbeit. Das Leben gelingt nicht allein, wenn wir reich an Ressourcen und Optionen sind, sondern, wenn wir es lieben.

Es geht also darum, von einer Sache oder einer Person bewegt oder berührt



Prof. Dr. Hartmut Rosa

Prof. Rosa ist Direktor des Max-Weber-Kollegs der Universität Erfurt. Er hat zur Beschleunigung der Arbeits- und Lebenswelt gearbeitet. Zuletzt erschien sein Buch „Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung“.



Mit der Frage nach dem Leben raus aus dem Hamsterrad der Arbeit. Foto: fotolia

zu sein, von ihr angesprochen zu werden, gleichsam einen „Anruf“ zu erfahren. Ich nenne das eine Resonanzbeziehung – ganz wie in der Musik: Etwas schwingt und bringt dadurch etwas anderes zum Schwingen. Wir brauchen nicht einzelne resonante Oasen, sondern einen resonanten Alltag, auch im Arbeitsalltag. Dieser wird heute in aller Regel von gnadenlosen Steigerungs- und Effizienzzwängen und vom Diktat der Uhr dominiert. Dennoch eröffnen sich auch unter solchen entfremdenden Bedingungen immer wieder Möglichkeiten, wenigstens für kurzfristige Resonanzmomente.

ANGST, ETWAS ZU VERPASSEN

Ich erlebe das etwa bei meiner Arbeit an der Universität – zu sehen, wie Studenten beispielsweise „Feuer fangen“. Für andere Menschen können das aber auch ganz andere Tätigkeiten sein – Tätigkeiten, in denen sie sich als selbstwirksam erfahren und merken, dass sie etwas bewirken, kreativ sind oder zu einem Erfolg beitragen – sei es der Bau eines Hauses oder die Planung einer Schulstunde. Jede Tätigkeit kann zu Resonanzerfahrungen führen. Dabei haben Resonanzerfahrungen immer eine leibliche Dimension. Daher

könnte die zunehmende Digitalisierung in modernen Arbeitswelten zu einer Verkümmern führen, weil es zunehmend nur noch diesen einen Kanal zur Welt gibt. Bildschirme sind dann so etwas wie Resonanzkiller. Wenn sie in allen Lebensäußerungen zwischen uns und die Welt treten, dann wird es schwer, leibliche Resonanzbeziehungen zu erfahren. Neue Medien verstärken aber auch noch ein anderes Verhalten. Wir haben uns angewöhnt, die Welt nach immer interessanteren Optionen zu scannen. Dahinter steckt die Angst, irgendwo etwas zu verpassen. Das macht es schwierig, sich auf Resonanzbeziehungen einzulassen, denn bei diesen wissen wir nie, wann sie Früchte tragen und was dabei herauskommt. Ihnen eignet ein konstitutives Moment der Unverfügbarkeit. Resonanz setzt voraus, dass man Aufmerksamkeit fokussiert und alles andere loslässt – nach dem Motto: Ich werde etwas verpassen, aber das ist mir die Sache wert, egal wie lange sie dauert. Für die Arbeitswelten der Zukunft werden wir lernen müssen, bewusst mit neuen Medien umzugehen und nicht alle Optionen offenzuhalten, wenn wir ein gutes Leben mit resonanten Weltbeziehungen führen wollen.

Prof. Hartmut Rosa

„Werkvertragsarbeiter erfüllen Produktion“

Fleischfabrikant: „Ich muss mich nicht mehr öffentlich in die Diskussion bringen“ / Kritik an Einladung

Die Fleischindustrie steht in der Kritik, weil die industrielle Tötung Fragen aufwirft und die Arbeitsbedingungen an Ausbeutung grenzen. Allein in Rheda-Wiedenbrück werden 7500 Werkvertragsarbeiter beschäftigt. An Europas größtem Schlachter, Clemens Tönnies, kristallisiert sich der Unmut, wie es im Vorfeld einer KAB-Veranstaltung deutlich wurde. Impuls-Mitarbeiter Markus Weweler sprach dennoch mit dem umstrittenen Unternehmer.

KAB-IMPULS: Herr Tönnies, was kostet Sie mehr Nerven, Ihr Job bei Schalke 04 oder der Job in Ihrem Unternehmen?

Clemens Tönnies: Die Produktion von Lebensmitteln, in unserem Fall die Schlachtung, Zerlegung, Verarbeitung und Veredelung von Schweine- und Rindfleisch, ist eine sehr spannende Aufgabe. Fleisch ist ein besonderes Lebensmittel und wir sorgen dafür, dass es sicher, frisch und qualitativ wertvoll auf dem Teller landet. Meine Leidenschaft für Schalke 04 ist ja bekannt. Da bin ich Vollblut-Fan und freue mich auf jedes Spiel.

IMPULS: Schalke kam oft nicht aus



Clemens Tönnies, Europas größter Fleischprouzent, steht auch wegen seiner Produktionsbedingungen in der Kritik.

Foto: Wikipedia

den Schlagzeilen heraus. Trainerentlassungen, Gazprom-Sponsoring, etc. Was ist Ihr Anteil an der Diskussion?

Tönnies: Schalke ist ein besonderer Fussballverein und wir tun alles dafür, dass das auch so bleibt. Bei allem Wettbewerb haben wir aber früh erkannt, dass die wirtschaftliche Grundlage dafür da sein muss, sportlich erfolgreich zu sein. Deswegen haben wir als einer der ersten Vereine in Deutschland eine mo-

derne Arena gebaut. Jetzt gehen wir mit der Entwicklung des Bergerfeldes die nächsten Meilensteine. Wir haben heute mit der wirtschaftlichen und sportlichen Leitung von Schalke ein super Team, daher muss ich mich nicht mehr öffentlich in die Diskussion einbringen.

IMPULS: Sie haben über 16.000 Mitarbeiter, machen einen Umsatz von 6,9 Milliarden Euro, Sie sind einer der reichsten Deutschen. Schafft man das aus eigener Kraft oder muss da ein gewisses Fundament aus früheren Generationen vorhanden sein?

Tönnies: Was mein Bruder Bernd und ich im Unternehmen aufgebaut haben, ist natürlich etwas Besonderes. Aber da haben im gesamten Team Tönnies auch viele mitgewirkt. Als wir das Unternehmen 1971 gegründet haben, haben wir uns den Handschlag gegeben und losgelegt. Das wir heute Innovationsführer der Branche sind, ist natürlich sagenhaft.

IMPULS: Fleischverzehr ist aber in Deutschland nicht kritiklos. Wie geht man damit um, wenn tagtäglich Tausende von Schweinen geschlachtet werden.

Tönnies: Fleisch ist ein besonderes

Lebensmittel. Wir wollen eine genussvolle Ernährung mit Fleisch ermöglichen und setzen dafür höchste Standards in Sachen Tierschutz, Qualität und Sicherheit. Gleichzeitig setzen wir uns mit allen Kritikern an einen Tisch, laden Sie zu uns ein und zeigen ihnen, wie wir arbeiten.

IMPULS: Im Umgang mit Ihren Mitarbeitern sind Sie auch Kritik ausgesetzt. Gewerkschaften klagen, dass Sie zu viele Zeitarbeiter und Billigkräfte zu schlechten Konditionen beschäftigen. Passt das zu Ihrer Unternehmensphilosophie?

Tönnies: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen für uns einen hohen Stellenwert ein. Tönnies hat sich bewusst dazu entscheiden, auch in Zukunft einen Großteil seiner Produkte in Deutschland herzustellen. 16.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind daher unser Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Deutschland. Gleichzeitig sind wir aber gefordert, mit Werkvertragsmitarbeitern zusammenzuarbeiten, um unsere Produktionsaufträge zu erfüllen. Obwohl wir seit Jahren versuchen, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, spüren auch wir die Folgen des Fachkräftemangels sehr deutlich.



Kündigungsschutz ist in der Probezeit nicht. Aber ...!

Die Probezeit dient dazu, dass sich die beiden Vertragsparteien kennenlernen und feststellen können, ob sie zueinander und der Arbeitnehmer in den Betrieb „passen“. Meist gibt es eine Klausel, dass innerhalb der Probezeit mit einer Frist von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen gekündigt werden kann. Deshalb gilt in der Probezeit das Kündigungsschutzgesetz nicht.

Im hier vorliegenden Fall hatte das KAB-Mitglied eine neue Arbeitsstelle im Elektrohandwerk begonnen. Es war eine Probezeit von sechs Monaten mit 14-tägiger grundloser Kündigung vereinbart worden. Das Arbeitsverhältnis war auf Dauer geschlossen worden.

Durch einen Arbeitsunfall fiel das KAB-Mitglied nach zwei Monaten für vier Wochen krankheitsbedingt aus. Nach seiner Rückkehr hatte er vier Wochen lang keinen direkten Vorgesetzten mehr. Daraufhin beschloss die Personalabteilung, die Probezeit um drei Monate zu verlängern und teilte dies dem Arbeitnehmer schriftlich mit. Gründe waren die Krankheit und der Vorgesetztenwechsel.

Am Ende des achten Monats erhielt das KAB-Mitglied die (Probezeit-) Kündigung mit einer Frist von 14 Tagen unter sofortiger Freistellung.

KAB-Rechtssekretär unterstützt Mitglied bei Kündigungsklage

Hiergegen erhoben wir Klage vor dem Arbeitsgericht! Denn nach Paragraph 622, Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) darf die gesetzliche Probezeit sechs Monate nicht überschreiten. Danach gilt dann das Kündigungsschutzgesetz, wenn das Unternehmen mehr als zehn Arbeitnehmer beschäftigt. Nach sechs Monaten beträgt die Kündigungsfrist gemäß § 622 Abs. 1 BGB vier Wochen zum fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats. Die Kündigung muss sozial gerechtfertigt sein. Das bedeutet konkret, dass die Kündigung nur aus personen-, verhaltens- oder betriebsbedingten Gründen erfolgen kann.

Im vorliegenden Fall war die Kündigung also nicht haltbar.

KAB-Klage hatte Erfolg

Da aber das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nachhaltig gestört war, sahen beide Seiten von einer Weiterbeschäftigung ab. Das KAB-Mitglied erhielt den zustehenden Lohn und eine Abfindung. Dies war hinnehmbar, da das Mitglied bereits ab dem nächsten Ersten einen neuen Arbeitsvertrag hatte.



Joachim Kühner, KAB-Rechts- und Regionalsekretär des Diözesanverbandes Rottenburg-Stuttgart für die Region Heilbronn.

Ende im Schacht: „Der Rückzug liegt im Zeitplan“

Im Dezember wird das Ende der Steinkohle-Förderung in Ibbenbüren und Bocholt Wirklichkeit / Eine Arbeiterkultur wird Geschichte

Vor Tor 2 des RAG-Bergwerks Anthrazit Ibbenbüren steht Jürgen Baune und zündet sich einen Zigarillo an. Der kräftige Wind, der über die Osnabrücker Straße weht, macht ihm das Anzünden schwer. Als er es geschafft hat, genießt er den ersten Zug nach der Schicht und freut sich auf den Feierabend. Seine Frau holt ihn ab. Anfang Dezember ist der Steinkohleabbau im Tecklenburger Land für immer beendet. Die letzten von einst 150 Zechen schließen. Dies konnte weder die Schutzheilige der Bergleute noch das Christkind verhindern. Kurz vor Heiligabend wird Bundespräsident Steinmeier die letzte Kohle der Zeche Prosper Haniel in Empfang nehmen.

„Das war alles ’ne politische Entscheidung ...“, sagt der 77-jährige Georg Baune, der 32 Jahre bei der „Preussag“, wie sie die heutige RAG immer noch nennen, gearbeitet hat. Der Mettinger ist, wie Jürgen Baune, KAB-Mitglied. Trotz der Namensgleichheit sind die beiden nicht verwandt. Nur Kohle und KAB verbindet sie.

Auch ohne Kohle werden viele Bergleute und Mechaniker noch einige Jahre damit zu tun haben, die Stilllegung auch fachgerecht umzusetzen. Maschinen müssen entölt und von PCB-haltigen Stoffen befreit, die Maschinen nach oben befördert werden. Etwa hundert Kumpels werden weiterarbeiten. Jürgen Baune, der auch zweiter Vorsitzender der KAB St. Johannes-Bosco in Ibbenbüren ist, ist einer von ihnen. „Ich kann noch zwei, drei Jahre hier arbeiten!“, sagt er und zieht nochmal kräftig am Zigarillo. Er hofft dann auf eine Vorruhestandsregelung. „Hier liegt so viel Kohle, die würde noch für zwanzig Jahre reichen!“, sagt er und zeigt rüber zum Blockkraftwerk, das auf „Ummengen von Steinkohle“ steht.

Der Block wird weiter betrieben, nur nicht mit Kohle aus dem Ibbenbürener Steinkohlerevier.

KOHLEIMPORTEUR DEUTSCHLAND

Auf der Betriebsversammlung von Anthrazit Ibbenbüren im Frühjahr informierten Betriebsrat und Geschäftsführung über die Herausforderungen des Auslaufs. „Die Produktion ist erfreulich, der Personalabbau planmäßig und der Rückzug liegt im Zeitplan“, erklärte Geschäftsführer Heinz-Werner Voß den Kumpels. Der wiedergewählte Betriebsratsvorsitzende Uwe Wobben beruhigte ebenfalls die Kollegen. „Wichtig ist es, gemeinsam unser Ziel, den Bergbau hier sicher zu Ende zu führen, zu erreichen“, so Wobben. Für den Mettinger Georg Baune, der mit seinen KAB-Kumpels im „Krippke“, dem KAB-Vereinsheim sitzt, ist die Arbeit im Bergbau schon lange vorbei. „Früher haben se’ die Kohle auf die Schiffe geschippt, heute schippen sie se’ von den Schiffen runter!“, beschreibt der 64-jährige Werner Tenberg den Strukturwandel. Wie die ehemaligen Bergwerksmitarbeiter Georg Baune, Stefan Tenambergen, Franz-Josef Farwig von der KAB St. Agatha Mettingen hat auch Tenberg bei der „Preussag“ viele Jahre gearbeitet.

DREI GENERATIONEN IM PÜTT

Mit den Stilllegungen ist Deutschland zu Europas größtem Steinkohleimporteur geworden. Im vorletzten Jahr wurden über 53 Millionen Tonnen eingeführt. Die meiste kam aus USA und Australien sowie den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wie Russland, Kasachstan und dem Donezbecken in der Ukraine, deren Bergwerke oft nicht sicher sind.

Die meiste Zeit seines Arbeitslebens war Georg Baune im Schichtsystem beschäftigt. Nicht nur er. Viele aus den umliegenden KAB-Vereinen in Laggenbeck oder Ibbenbüren waren im Pütt. „Mein Großvater und mein Vater haben bereits im Pütt gearbeitet“, erzählt er mit Stolz. Da war es selbstverständlich, dass auch er dort arbeitet. Sein Großvater hatte noch mit Sprengel und Hammer die Kohle aus der Erde geholt. Für Sohn Georg Baune war es etwas leichter. „Ich habe nur mit dem Kohlehobel gearbeitet, es war leichter und man schaffte mehr.“ Mit dem Hobel, der in den 1940er-Jahren in Ibbenbüren maßgeblich mit entwickelt wurde, erleichterte sich die Arbeit der Bergleute. Pro Mann und Schicht konnte so die Leistung von dreieinhalb Tonnen auf über 7,5 Tonnen erhöht werden. Der Nordschacht von Mettingen hatte in den 80er-Jahren eine Endteufe von über 1500 Meter.

Damals, in den 1950er- und 1960er-Jahren, waren im Bergwerk Ibbenbüren 8000 Menschen beschäftigt. Eine ganze Region lebte vom Bergbau und eine ganze Region identifizierte sich mit ihm. Auch jene, die nicht im Bergwerk beschäftigt waren. Nach 500 Jahren Bergbaugeschichte wird die Schließung nicht nur die Bergleute treffen, sondern viele Zuliefer- und Handwerksbetriebe.

So schwingt mit der Zechenschließung mehr mit, als nur das Ende des Bergbaus. Baune, der in dritter Generation im Pütt gearbeitet hatte, konnte seine eigenen Kinder nicht mehr überzeugen, im Bergwerk anzufangen. „Dass es zu Ende gehen wird, war ja schon lange absehbar. Die Bundesregierung hat es so gewollt!“ Und so haben sich fast alle mit dem Ende der Steinkohle abgefunden, auch wenn Wehmut und Nostalgie beim Erzählen über den Bergbau immer wieder mitschwingen.

DER TOD FUHR MIT NACH UNTEN

Die Energie wird weiter aus der Steckdose kommen, aber nicht aus Stein- und demnächst auch nicht mehr aus Braunkohle erzeugt. „Wir werden schon bald das Null-Energie-Haus haben“, meint Heinrich Leifsenring. Der 72-Jährige trägt zwar die Knappen-Uniform, die sonst in der Sakristei von St. Agatha hängt, doch Leifsenring ist der einzige in der Runde, der nicht irgendwie im Steinkohlebergbau beschäftigt war. Die anderen hören ihm stumm zu.



Heinrich Leifsenring, Franz-Josef Farwig und Georg Baune präsentieren die alte KAB-Fahne von 1902, die die Nazis gerne zerstört hätten.



Die Fördertürme der fossilen Energie weichen der regenerativen. Fotos: Rabbe

Der Abschied des Bergbaus in Ibbenbüren hat nicht nur mit Strom und Arbeitsplätzen zu tun. Es ist die Gemeinschaft, die Solidarität, die sich mit der Arbeit unter Tage entwickelte, die bröckelt. Jeder musste sich auf den anderen verlassen können, erzählen die KAB-Kohlekumpel. Tausend Meter unter der Erdoberfläche gab es andere Regeln, oft auch andere Namen. „Jeder hat so seinen Spitznamen. Den kannten nur die Bergleute“, erzählt Werner Tenberg. Es waren Spitznamen wie „der Herrgott“. Über Tage sprach man die Namen nicht aus oder nur unter den Kumpels. „Manche kannten sich nur unter dem jeweiligen Spitznamen“, erzählt Tenberg.

Der Arbeitsplatz unter Tage war nicht wie jeder andere. Der Tod fuhr immer mit dem Förderkorb hinunter. Die Angst vor Kohlendioxid, Feuer oder Schlagwetter- oder Kohlenstaubexplosionen, die viele hundert Todesopfer in deutschen Bergwerken forderten, war ein ständiger Begleiter am Arbeitsplatz. So kostete ein Gasausbruch in Ibbenbüren im August 1981 acht Bergleuten in 1300 Meter Teufe das Leben. Das letzte große Grubenunglück ereignete sich im Borkener Braunkohlerevier in Hessen. In der Grube Stolzenbach starben im Juni 1988 aufgrund einer Kohlenstaubexplosion 51 Kumpels. So hat auch der mögliche Tod die Bergleute zusammengeschweißt. Ob dieser Zusammenhalt auch nach dem Tod des deut-

schen Steinkohlebergbaus bestehen bleibt, ist fraglich. Die KAB-Kumpel in Mettingen treibt nun die Sorge, dass die traditionelle Barbara-Messe keine Zukunft hat, nachdem die Unterstützung durch die RAG-Stiftung ihren Ausstieg verkündet hat. Damit das Barbara-Fest weiterhin Bestand hat, will der KAB-Bezirksverband helfen. „Mit dem Rückzug der RAG ist auch ein Rückzug aus der Finanzierung verbunden, dieses werden wir dann mit Hilfe von lokalen Sponsoren versuchen aufzufangen“, erklärt KAB-Regionalsekretär Joseph Mersch. In diesem Jahr wird am zweiten Advent in der Mettinger Pfarrkirche pünktlich der Barbara-Gottesdienst um 10.15 Uhr beginnen.



Für viele Kohle-Kumpel beginnt jetzt die letzte Fahrt unter Tage.

KAB: Kohleabschied ist Aufbruch in die Zukunft

„Glück auf!“, die Zukunft ruft. Gleich drei KAB-Diözesanverbände nutzten das Ende des Steinkohlebergbaus, um in Bottrop mit einem Fest und einem Gottesdienst unter dem Motto „Glück auf Zukunft“ wurde an die Integrationsleistung des Bergbaus erinnert und sich gegen Ausländerfeindlichkeit ausgesprochen.

Die Integrationsleistung des Bergbaus im Ruhrgebiet unterstrichen Landes- und Kommunalpolitiker auf der gemeinsamen KAB-Veranstaltung „Glück auf Zukunft“ auf der Halde Prosper Haniel in Bottrop. „Die Solidarität der Kumpel und ihre Kämpfe für menschenwürdige Arbeitsbedingungen haben den Sozialstaat Deutschland geprägt, erklärte NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Zu dem Fest mit der anschließenden Messe auf der Halde Haniel in Bottrop hatten die drei KAB-Diözesanverbände Essen, Münster und Köln eingeladen. Mehrere Frauen und Männer aus den Vereinen und Diözesen waren mit Bussen, Bahn und Pkw aus dem gesamten Ruhrgebiet angereist, um das Ende des Bergbaus zu begehnen und einen Neuanfang für die Zukunft zu starten.

VORBILD: DIE SOLIDARITÄT DER KNAPPENVEREINE

Die Gemeinschaft und Solidarität der Bergleute wurde auch von den Knappenvereinen und den KAB-Vereinen geprägt. Die KAB im Ruhrgebiet war mit ihrer Arbeit wegweisend und hat sich in Politik und Gesellschaft für ein gutes Leben



Aufstieg der KABler zum Gottesdienst auf der Halde Prosper Haniel. Foto: Rabbe

der Arbeiter eingesetzt, erinnerte Maria Etl, Bundesvorsitzende der KAB, in ihrer Grußrede. „Die KAB

hat erkannt, dass der christliche Glaube sich nicht auf Kirche und Sakristei beschränken darf!“ Bottrops

Oberbürgermeister Bernd Tischler und sein Oberhausener Kollege Daniel Schranz sowie KAB-Diözesanvorsitzende Brigitte Lehmann betonten, dass die Gemeinschaft der Bergleute dafür gesorgt habe, dass Migranten aus Polen, Türkei, Spanien, Italien und vielen anderen Ländern zu Kumpel wurden und integriert wurden. Sie mahnten, dass dieses Beispiel heute mehr den je Vorbild sein müsse, damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit keine Chance in Deutschland bekommen. „Wir müssen uns einmischen in die oft unerträglichen Zustände der Welt“, forderte Weihbischof Ludger Schepers die Teilnehmer der Bergmesse auf. Sozialverbände wie die KAB Deutschlands sind wichtig, da sie „Stimme sind für jene, die oft in unserer Gesellschaft keine Stimme haben“.

Vorsorgelücke beim Zahnersatz schließen

Bereits 1970 wurde der Gruppenversicherungsvertrag zwischen dem Gemeinnützigen Sozialwerk der KAB e.V. und ERGO geschlossen. Seitdem haben viele Mitglieder die Vorzüge dieses Gruppenversicherungsvertrags genutzt. Inzwischen wurde die Verbandsvorsorge in Zusammenarbeit mit unserem Partner, der ERGO Versicherungsgruppe, um viele Extras und zusätzliche Angebote erweitert und den Bedürfnissen der Mitglieder angepasst. Für die Leser/-innen der KAB-Impuls erklärt Dr. Alexander Eifrig, Bereichsdirektor Verbandsmanagement der ERGO Beratung und Vertrieb AG in Hamburg, das neue Angebot für KAB-Mitglieder.

KAB-IMPULS: Herr Dr. Eifrig, welche Vorteile bringt der Gruppenversicherungsvertrag für ein KAB-Mitglied?

Dr. Alexander Eifrig: Die gesetzlichen festgeschriebenen Leistungen reichen oft bei Weitem nicht aus, die finanziellen Belastungen in einem Notfall aufzufangen. Im Rahmen der Kooperation bieten wir den KAB-Mitgliedern exklusive Produkte an. Angefangen bei der Sterbegeld-Vorsorge über die Unfall-Vorsorge mit Notfall-Hilfe, die Pflegerenten-Risikoversicherung bis hin zur Rechtsschutzversicherung. ERGO hat mit diesen Produkten individuelle Lösungen für eine nachhaltige Absicherung entwickelt.

IMPULS: Jetzt wird das Angebot an die Mitglieder um eine Zahnzusatzversicherung erweitert. Was leistet die Zusatzversicherung?

Dr. Alexander Eifrig: Mit dem Tarif KombiMed Zahn KDT verdoppelt sich der Festzuschuss der gesetzlichen Krankenkasse auf bis zu hundert Prozent des erstattungsfähigen Rechnungsbetrags. So senkt sich der Eigenanteil im Ideal-



Dr. Alexander Eifrig Foto: Ergo

fall bis auf Null Euro. Die Tarifleistung gilt für Zahnkronen und Zahnersatz wie Brücken, Prothesen und implantatgetragenen Zahnersatz, der Reparatur von Zahnersatz und für Material- und Laborkosten. Im Bereich der Zahnzusatzversicherungen gehört die zur ERGO Versicherungsgruppe gehörende DKV, Deutsche Krankenversicherung AG, zu den führenden Anbietern. Die DKV ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der ERGO Group AG.

IMPULS: ... welche Varianten gibt es eigentlich beim Zahnersatz?

Dr. Alexander Eifrig: Es gibt drei Varianten des künstlichen Zahnersatzes: erstens der Festsitzende, der vom Patienten selbst nicht entfernt werden kann. Dazu gehören (Teil-)Kronen, Brücken oder Implantate. Zweitens gibt es herausnehmbaren Zahnersatz in Form von Teil- oder Vollprothesen. Diese Lösung ist notwendig, wenn Kronen oder Brücken nicht mehr verankerbar sind. Und es gibt drittens die Kombination aus festen und herausnehmbaren Bestandteilen, zum Beispiel, wenn eine Teilprothese auf einem Verankerungselement befestigt wird.

IMPULS: Die gesetzlichen Krankenkassen zahlen sogenannte „befundbezogene Festzuschüsse“ zum Zahnersatz...

Dr. Alexander Eifrig: ... ja, das ist richtig. Sie übernehmen die einfachen und günstigen Methoden und Materialien. Eine Zusatzversicherung erbringt weitere wichtige Leistungen, auf die ich bereits hingewiesen habe. Wir freuen uns, den KAB-Mitgliedern dieses Angebot machen zu können!

IMPULS: Herr Dr. Eifrig, ich danke Ihnen für diese Informationen.

Anfang November haben KAB-Mitglieder ein Anschreiben zu diesem Thema vom Bundesvorstand erhalten. Die DKV informiert darin ausführlich über die Zahnzusatzversicherung (Tarif KDT).

Ihre Zähne. Ihr Lachen. Ihre Entscheidung.

Von der kleinen Lösung bis zum 100 %-Premiumschutz. Jetzt die Zahnversicherung Ihrer Wahl genießen.

DKV
Deutsche Krankenversicherung

Ich informiere Sie gern:
Regionaldirektion Köln
Regionaldirektion der ERGO

ERGO Beratung und Vertrieb AG
Scheidtweilerstr. 4
50933 Köln
Tel. 0800 / 723 4812

Mit dem Versprechen der ERGO „Versichern heißt verstehen.“



Wenn Wohnen Ware wird

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Wohnraum wird knapp, Wohnungen immer teurer. Für Familien sind Städte wie München, Hamburg oder Düsseldorf nicht mehr bezahlbar. Versuche, per Mietpreisbremse dem Wucher Einhalt zu gebieten, scheitern. Warum? Sicherlich haben die Regierungen der letzten Jahrzehnte den sozialen Wohnungsbau drastisch zurückgefahren und die Aufhebung der Preis- und Belegungsbindung nach wenigen Jahren machen jede Entspannung auf dem Wohnungsmarkt wirkungslos. Allein in Berlin werden in diesem Jahr Tausende von Wohnungen an den freien Wohnungsmarkt übergeben. Jahr für Jahr. Was dies bedeutet, beschreibt die Journalistin Utta Seidenspinner anschaulich und kenntnisreich. Deutsche Wohnungen werden zum Spielball globaler Investoren, nicht selten von Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen. Wohnen ist längst zur Ware geworden, mit dem sich gute Geschäfte machen lassen. Dabei geht es nicht um Vermieter, die Mieter in ihr

oder ihre Häuser aufnehmen. Es geht um versteckte Milliarden-Transaktionen, die komplett am Finanzamt vorbeigehen. Seidenspinner entdeckt ein Geldwäschesystem namens „Russischer Waschsalon“, die italienische „Ndrangheta“ in Thüringen und trifft auf ägyptische Makler, die Berliner Wohnungen in Shopping-Malls in Dubai verkaufen.

Leidtragende sind die Mieter, die in ehemals kommunalen Wohnsiedlungen in ständiger Angst vor der nächsten Mieterhöhung leben. Dort lag der Beginn des heutigen Immobilienfiebers, der Urknall, ausgelöst ausgerechnet durch ein Steuer-gesetz der rot-grünen Bundesregierung. Der Staat zog sich als Moderator zurück und überließ allein Kapitalanlegern und Aktienmärkten das Feld, wo die Logik von Rendite und Gewinn herrscht. Wer den Wohnungsmarkt regulieren will, muss die Wirtschaft regulieren.

Wohnwahnsinn – Warum Mieten immer teurer und Eigentum unbezahlbar wird. Utta Seidenspinner, Berlin-Verlag 2018, 18 Euro



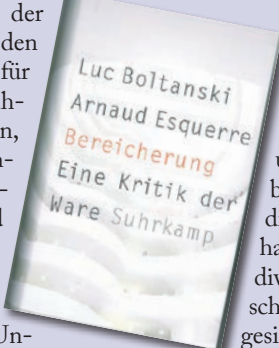
Von wegen alte Schachtel

Für Karl Marx setzte sich der Wert einer Ware aus drei Variablen zusammen. Dem konstanten Kapital wie Maschinen, Rohstoffe, die proportional in den Wert der Ware einfließen, plus dem variablen Kapital, die Lohnsumme der Arbeitskraft. Zuletzt der Mehrwert, also der Überschuss, der über den Lohn, den die Arbeiter für ihren zeitlichen Einsatz ihrer Arbeitskraft erhalten, hinausgeht. Der Tauschwert, der Preis, wird dagegen von Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Soziologen Luc Boltanski und Arnaud Esquerre gehen in ihrer Untersuchung der Ware einer aktuellen Bereicherungsökonomie nach, die die Reichen immer reicher macht. Kunst, Luxusgüter und Immobilien verlieren nicht wie industrielle Warenprodukte an Wert. Sie steigen im Wert. Dagegen fällt der Wert eines normalen Neuwagens schon beim Bezahlen,

genauso der Kühlschrank oder die Waschmaschine. Die Ware Kunst, die Immobilie wird zur Kapitalanlage und Spekulationsobjekt. Die Wertsteigerung liegt in der Nachfrage, die der Markt selber schafft oder durch Narrative erzeugt wird. Die Autoren sprechen von einem

Wirtschaftszweig der eine umfassende Kulturalisierung des Konsums vorantreibt. Konsumkritik und Konsumsteigerung bedingen sich. Besonders die „globale Konsumelite“ habe großen Bedarf an individuellen und authentischen Waren. Sie verachtet gesichtslose Wegwerfgüter. Es muss ‚handmade‘ sein. Es bildet sich eine eigene Konsumklasse, die Waren kauft, die sich jeder Vermarktungsstrategie entziehen.

Bereicherung – Eine Kritik der Ware, Luc Boltanski/Arnaud Esquerre, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2018, 780 Seiten, 43 Euro



KETTELERVERLAG
Fachverlag für kirchliches Arbeitsrecht
Serviceunternehmen der KAB

Geschenkideen finden Sie in unserem Sortiment „Bücher & Geschenke“ www.ketteler-verlag.de

Stiftung ZASS (Hg)
Immerwährender Fotokalender „Wasser ist Leben“

Wasser ist lebensspendend, hat eine eigene Ästhetik, schenkt Freude. Dieser immerwährende Kalender begleitet Sie mit schönen und interessanten Fotos rund um das Thema „Wasser“.

Wasser ist der Ursprung von allem. Sich dies bewusst zu machen, kann eine andere Sicht auf die Dinge der Welt eröffnen – bei uns und anderswo. Was bräuchten wir dringender?

All dieses zeigen die Fotos, aber auch eindringlich die Not, wenn Wasser fehlt. Der Fotokalender zeigt eine Auswahl der von einer Fachjury prämierten Fotos. Lassen Sie sich durch das Jahr mit schönen Fotos begleiten.

DIN A3 • 1 Kalenderblatt pro Monat • Bestell-Nr. 608014 • € 5,00

KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen
Tel: 09972/9414-51, kontakt@ketteler-verlag.de, www.ketteler-verlag.de

INTERVIEW MIT DEM PRÄSIDENTEN DES CLUB OF ROME DEUTSCHLAND, DEM KLIMAFORSCHER PROF. DR. MOJIB LATIF

„Die schmutzigen Kraftwerke sofort abschalten“

Um den Klimawandel zu stoppen, muss die Politik die Güter auf die Schiene bringen und die nachhaltige Mobilitätswende einleiten

Fahrverbot in Berlin, extreme Hurrikans mit Überschwemmungen und Toten in USA, zig Tausend Tote jährlich durch Feinstaub und Stickstoffdioxid und eine scheinbar unaufhaltsame Erderwärmung gepaart mit einer deutschen Europa-Politik, die Grenzwerte bei Schadstoffen der Autoindustrie tauglich hoch hält. Dass es ein anderes Wirtschaften geben muss und kann, haben die beiden Nobelpreisträger William Nordhaus und Paul Romer und das Münsteraner Verwaltungsgericht mit seinem Rodungsstopp in Hambach belegt.

Gerhard Endres fragte für KAB-Impuls den Kieler Klimaforscher vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung und Präsident des Club of Rome Deutschland, Prof. Dr. Mojib Latif, ob die Welt noch zu retten ist.

KAB-IMPULS: Sowohl in den USA wie auch in Deutschland wird zum Teil der Klimawandel bestritten. Warum sind Sie so sicher, dass es den Klimawandel gibt?

Prof. Mojib Latif: Wir wissen seit über hundert Jahren, dass Treibhausgas in der Atmosphäre die Erde erwärmen. Die Pole schmelzen, die Meeresspiegel steigen, was schon vor Jahrzehnten vorhergesagt wurde. Jetzt treten diese Schäden ein. Die Auswirkungen des Klimawandels sind unübersehbar.

IMPULS: Viele Menschen sagen: Klimawandel und Temperaturschwankungen gab es schon immer. Sind diese Temperaturschläge wirklich etwas Neues?

Latif: Klar gab es immer den Wechsel zwischen einer Eiszeit und einer Warmzeit. Eine Veränderung von global fünf Grad geschah innerhalb von 10.000 Jahren. Die Geschwindigkeit, wie sich jetzt das Klima verändert, ist



Prof. Mojib Latif im Gespräch mit KAB Impuls.

Foto: Gerhard Endres

einzigartig. Die Temperatur könnte jetzt innerhalb von nur hundert Jahren um fünf Grad steigen. Das ist schon ein großer Unterschied. Eine derartige Klimaänderung wäre für die Menschheit einmalig.

IMPULS: Wie sollen wir mit den Leugnern des Klimawandels umgehen?

Latif: Wir haben das Problem, dass wir in sogenannten „postfaktischen

Zeiten“ leben. In den sozialen Medien kann man jeden Blödsinn verbreiten und findet auch noch viele Unterstützer, die sogenannten Follower. Niemand hat bisher eine Strategie gefunden, wie man dagegen vorgehen kann. Wichtig ist, dass man immer wieder dagegenhält, immer wieder auf die Fakten hinweist und nicht von der Fake-News-Bewegung überrollt wird.

IMPULS: Was sollte beziehungsweise muss die deutsche Politik gegen den Klimawandel tun?

Latif: Es sind drei Bereiche: Da ist zum Ersten der Energiebereich und hier besonders die Braunkohle. Die Braunkohle ist für ungefähr zwanzig Prozent der deutschen Kohlenstoffdioxid-Emissionen verantwortlich, da könnte man die schmutzigsten Kraftwerke *s o f o r t* abschalten. Das würde der Energiesicherheit keinen Abbruch tun. Zweitens brauchen wir eine Mobilitätswende. Wir müssen die Güter auf die Schiene bringen und die Autos müssen wieder kleiner werden. Zudem solle der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden. Und Drittens brauchen wir eine Agrarwende. Ein geringer Fleischkonsum beispielsweise käme der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung zugute.

IMPULS: In Deutschland hängen am Dieselmotor und der Braunkohle einige Arbeitsplätze. Nicht ganz wenige Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Was sagen Sie diesen Menschen?

Latif: Wenn wir nicht schnell umstei-



Im rheinischen Braunkohlerevier verschwinden Dörfer und Wälder. Foto: Rabbe

gen, werden wir beides verlieren: eine intakte Umwelt und wir werden Arbeitsplätze verlieren. Denn klar ist, die Welt ändert sich rasant. Das autonome Fahren im Straßenverkehr zum Beispiel wird kommen und die erneuerbaren Energien werden sich schnell durchsetzen. Wer jetzt aus welchen Gründen auch immer bremsst und blockiert, der wird auch wirtschaftlich das Nachsehen haben.

IMPULS: Sie haben sich als Optimisten bezeichnet. Worauf stützen Sie Ihre Meinung, dass der Klimawandel durch den Menschen gestoppt und in eine andere Richtung gedreht werden kann?

Latif: In der Vergangenheit sind immer Dinge geschehen, die man nicht

vorhergesehen hat. So ist zum Beispiel die Entwicklung vom Pferdewagen zum Automobil innerhalb von nur zehn Jahren geschehen. Ich denke, eine Mobilitätswende kann also sehr schnell erfolgen. Dann ist die deutsche Wiedervereinigung ein gutes Beispiel. Wenn die Menschen etwas wollen, dann gelingt die Veränderung. Dem Mobil- beziehungsweise Smartphone wurde von den Telefongesellschaften keine Chance eingeräumt, doch es hat seinen Siegeszug gefeiert. Ähnlich ist es bei den erneuerbaren Energien. Wir sehen heute schon, dass weltweit mehr Investitionen in die erneuerbaren Energien als in die konventionellen Energien fließen. Diese Dynamik muss verstärkt werden.

Lernfach Zivilcourage in der Schule zahlt sich aus

Fremdenfeindlichkeit sind kein rein ostdeutsches Phänomen / Gewerkschaftskampagne „Mach meinen Kumpel nicht an!“

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus sind regional unterschiedlich ausgeprägt, aber kein rein ostdeutsches Phänomen.

Immer mehr Landesregierungen haben in den letzten Jahren Programme aufgelegt, die für Toleranz werben. Ein großes Modellprojekt auf Bundesebene ist im Ressort von Familienministerin Franziska Giffey angesiedelt. Die Kampagne „Demokratie leben“ setzt vor allem auf Prävention. Die Kultusministerkonferenz will gegen rechte Tendenzen an den Schulen angehen, die „Demokratiebildung“ verstärken und Jugendlichen die Werte unserer Gesellschaft vermitteln. Auch die Gewerkschaften sind gegen Fremdenfeindlichkeit unterwegs. In den Betrieben läuft schon seit den 1980er-Jahren die erfolgreiche Kampagne „Mach‘ meinen Kumpel nicht an“. Auf der Suche nach Ursachen

kritisiert der DGB „politische Fehler“, vor allem das rigide Sparen im öffentlichen Dienst. Es gebe zu wenig Personal bei Polizei und Justiz und vor allem zu wenig engagierte Lehrerinnen und Lehrer.

COURAGE AN DEN SCHULEN

Vorbildlich agierte zum Beispiel Simone Oehme von der Freien Mittelschule Weißenberg in der Oberlausitz – einer Region, in der bei der Bundestagswahl jeder Dritte AfD gewählt hat. Die Lehrerin für Deutsch, Russisch und Ethik entdeckte im Papierkorb ihrer Klasse einen Flyer, auf dem ein Schüler „Freie Nazischule“ gekritzelt hatte. Sie berichtet von Jugendlichen, die ThorSteinar-Klamotten tragen und ihre Wochenenden mit Rechtsextremen verbringen. Oehme gründete die AG Courage, in der sich Jugendliche eigenständig mit Diskriminierungs-

themen beschäftigen. Sie zeigen Filme über Fluchtursachen, organisieren Theaterworkshops und sprechen Mitschüler auf rechte Sprüche an. Die Mittelschule Weißenberg darf sich mittlerweile „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nennen, eine Auszeichnung, die ein bundesweites Netzwerk verleiht.

Auch die Polizei produziert immer wieder negative Schlagzeilen. Manche Beamtinnen und Beamte sympathisieren offen mit Organisationen wie Pegida oder der AfD. Die rechten Einstellungen seien auch auf Frust und Überlastung zurückzuführen, glaubt Hagen Husgen, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Sachsen. Er kritisiert, dass in der Vergangenheit systematisch Stellen bei den Sicherheitsbehörden abgebaut wurden. Für in Pension gehende Beamte kamen keine neuen Kräfte, ganze Reviere wurden geschlossen.

Demokratie zu vermitteln, sei in allen gesellschaftlichen Bereichen wichtig, betont Thomas Krüger, der Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Er warnt jedoch vor dem Irrglauben, „mit schnellen Maßnahmen Abhilfe schaffen“ zu können. Politische Bildung sei „kein Ad-hoc-Instrument zur Krisenbekämpfung“. Gerade in den Lehrplänen der ostdeutschen Länder war das Diskutieren kontroverser Themen lange verpönt – eine Folge der Erfahrungen mit einseitiger Indoktrination zu DDR-Zeiten. Viele Schulen sind naturwissenschaftlich ausgerichtet, Fächer wie Geschichte oder Sozialkunde kommen zu kurz. Wilfried Schubarth, Professor für Pädagogik an der Universität Paderborn, wünscht sich eine stärkere Behandlung gesellschaftlicher Schlüsselfragen wie Gerechtigkeit oder Minderheitenrechte. Die Lehrerfortbildungen zu Themen wie Gewalt, Mobbing und

Rechtsextremismus müssten intensiviert werden. Denn Demokratiebildung braucht Zeit: Wenn es einen rassistischen Übergriff auf dem Schulhof gibt, müssen im Unterricht für die Aufarbeitung Freiräume vorhanden sein. Politische Erziehung funktioniert nur „kontinuierlich“, weiß BpB-Leiter Krüger. Die Bundeszentrale hat deshalb ihre Präsenz in den sozialen Netzwerken ausgebaut. Auch beim Thema Vergangenheitsbewältigung und Antisemitismus hofft Krüger auf das Netz. Nur eine klar positionierte Wertedebatte und dauerhafte politische Aufklärung könnten den gesellschaftlichen Rechtsruck stoppen.

Thomas Gesterkamp



Bildungszentrum der KAB gGmbH
Telefon: 0 36 01-8 88 66 40
E-Mail: kontakt@kab-thueringen.de

Jetzt hier mit neuen Werkstattbereichen

staatl. anerkannte Förderberufsschule der KAB gGmbH

Telefon: 0 36 01-88 86 64 26
E-Mail: foerderberufsschule@kab-thueringen.de

Feldstraße 43
99974 Mühlhausen www.kab-thueringen.de



Seniorenrecht & barrierefrei für Gruppen & Einzelreisen
Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarot, Panoramalage, Lift



Staatl. anerk. Erholungsort in Franken, 90 km Wanderrw. Alle Zi. Du/WC/TV/Safe/Fön/WLAN, Lift, HP 44 €, EZZ 11 €, inkl. Kurtaxe, Livemusik, Reiseleitung, Grillen, Wellness, Kegeln, rollstföhl. Zimmer. Prosp. anf. **Ideale Ausflugsmöglichkeiten.**

Landhotel Spessarttruh, Wiesener Str. 129, 97833 Frammersbach,
Tel. 09355-7443, Fax -7300, www.landhotel-spessarttruh.de

KAB – FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Traumhafte Tage im bayer. Wald mit Ihrer Reisegruppe



- ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert
- gemütliche Komfortzimmer mit WLAN
- prämierte Küche mit HP versch. Wahlmenüs, Frühstücks- und Salatbuffet
- neue großzügige Bäderlandschaft mit Saunen u. Ruhezonen zum Wohlfühlen
- Massage & Kosmetiksalon
- Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
- 2 Kegelbahnen
- Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder in den Böhmerwald usw.

7 Tage ab 329,- € HP/p. P.

BUCHEN SIE RECHTZEITIG FÜR 2019/20

ROMANTIK POSTHOTEL
Fam. Dafinger · 94133 Röhmbach · Marktplatz 1
Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88

www.romantik-posthotel.de

Im Normalfall gefährlich

Es war der 200 Meter hohe Abluftkamin, der Hans Schuierer vor 30 Jahren stutzig machte. Als der damalige Landrat fragte, warum die Wiederaufbereitungsanlage einen so hohen Schornstein benötigte, schockte ihn die Antwort: „Damit die radioaktiven Schadstoffe sich möglichst breit verteilen!“ Seitdem wusste der SPD-Politiker, dass der Normalfall der Ernstfall ist. Er stellte sich auf die Seite der Bürger und wurde zum entschiedenen Gegner der WWA Wackersdorf, auch gegen die Bürgermeister, die auf Gewerbesteuern hofften. Ein weiterer Gegner war Bayerns Ministerpräsident Strauß, der mit einer „Lex Schuierer“ über die Verwaltung eine Baugenehmigung erwirkte. Der Widerstand aus dem gesamten Bundesgebiet ließ den Energiekonzern VEBA umdisponieren. „Es war ein einziges Lügenpaket von Anfang bis Ende“, meint Schuierer, der bei der jetzigen Verfilmung der damaligen Vorkommnisse Pate stand.



Hans Schuierer:
Allein hätten die Oberpfälzer den Kampf nicht gewonnen

Kampf fürs Wahlrecht

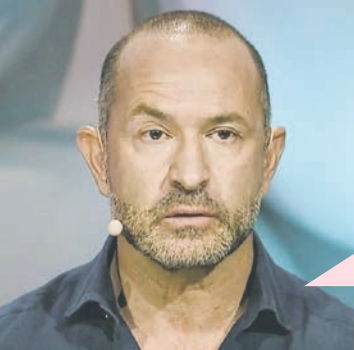
Die Mutter war Wäscherin, der Vater Metzger, dennoch wurde Marie Olympe de Gouges, die vor 270 Jahren im französischen Montabaun geboren wurde, die erste Kämpferin für das Wahlrecht der Frauen, das vor hundert Jahren auch in Deutschland eingeführt wurde. De Gouges war mehr als eine Frauenrechtlerin; sie war Revolutionärin und nicht zuletzt Schriftstellerin. Ihr erstes Buch schrieb sie über die Ausbeutung der Sklaven in den Kolonien, was ihr einen Aufenthalt in der Bastille einbrachte. In der Revolution kämpfte sie für Menschenrechte. 1791 verfasste sie die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin. So wie die Frau das Recht habe, ein Schafott zu besteigen, habe sie auch das Recht ans Rednerpult zu gehen“, forderte de Gouges. Den unbequemen Ruf nach Egalité legten die Jakobiner anders aus. Im November 1793 wurde sie auf dem Place de la Concorde unter der Guillotine hingerichtet.



Marie Olympe de Gouges:
Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten

Mit Plastik gegen Armut

Längst ist es über die Weltmeere in unserer Nahrungskette angekommen: Plastik. Wir müssen zuerst den Zulauf zum Meer verhindern, meint der Umweltaktivist David Katz. Er will nicht zuerst die Ozeane reinigen, sondern die Zufuhr des Plastiks stoppen. Und zwar mit einer Plastik-Bank. Die Bank hat sich eine weltweite Ladenkette zum Ziel gesetzt, wo alles, von Schulgeld bis hin zu Brennstoff und mehr, im Tausch gegen Plastikmüll verfügbar ist. „Wir produzieren 300 Millionen Tonnen Plastik jedes Jahr, an dieser Quelle müssen wir ansetzen“, so der Plastik-Banker Katz. Achtzig Prozent des Ozeanplastiks kommen aus Armutsregionen. Gesammelt, sortiert und geschreddert wird es Firmen verkauft, die „soziales Plastik“ in ihren Produkten verwenden. Pro Kilo Plastik gibt es auf Haiti 50 Cent in den Sozialläden, die an Gemeindezentren erinnern. Weder wird Plastik noch Armut verhindert; Letzteres aber vermindert.



David Katz:
Verhindern von Plastikmüll ist die Chance der Menschheit

In unserer Zeit herrscht ein schrecklicher Aberglaube, er besteht darin, dass wir begeistert jede Erfindung aufgreifen, welche die Arbeit erleichtert, und glauben, sie unbedingt nutzen zu müssen, ohne uns die Frage vorzulegen, ob diese die Arbeit erleichternde Erfindung unser Glück vermehrt oder vielleicht Schönheit zerstört.

Leo Tolstoi (1828-1910), russischer Dichter

Impuls – Das Magazin Neu ab Februar 2019

Die Mitgliederzeitschrift der KAB Deutschlands wird ab dem kommenden Jahr in einem neuem Gewand erscheinen. Das jetzige Zeitungsformat wird durch ein handliches Magazinformat (siehe Entwurf rechts) mit größerer Schrift abgelöst werden. Das Magazinformat wird die Größe 21 Zentimeter (Breite) mal 28 Zentimeter (Höhe) haben. Statt der bisherigen sechs Ausgaben mit 10 Seiten wird es ab Februar 2019 vier Impuls-Ausgaben mit jeweils 32 Seiten geben. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Redaktion IMPULS. Tel.: (0221) 772 21 31



Erscheinungstermine 2019 (Bitte ausschneiden und aufbewahren)

Ausgabe	Anzeigen- und Redaktionsschluss	Letzter Versandtag	Erscheinungsdatum
1/2019	22. Januar 2019	21. Februar 2019	25. Februar 2019
2/2019	23. April 2019	23. Mai 2019	27. Mai 2019
3/2019	22. Juli 2019	21. August 2019	26. August 2019
4/2019	21. Oktober 2019	20. Nov. 2019	25 Nov. 2019

Guter Schein der Winterzeit

Auch wenn die dunkle Jahreszeit noch so bitterkalt erscheint, weckt sie in uns die Sehnsucht nach Geborgenheit, Wärme und romantischem Licht. Besonders das Erzgebirge, wie hier die verschneite, nach Plänen der Dresdner Frauenkirche erbaute, Ortskirche aus dem Jahre 1779 in dem „Spielzeugort“ Seiffen, ist für viele Menschen zum Sinnbild der Weihnachtszeit geworden. An die einstige Erzbergbauregion in Sachsen erinnern noch im Advent die berühmten Bergparaden. Die Region selbst hat sich in „Weihnachtsland“ umbenannt, wo geschnitzte Pyramiden, Nussknacker, Krippenfiguren und Engel aus Holz, sogenannte traditionelle erzgebirgische Volkskunsterzeugnisse, weltweit auf Abnehmer warten. Trotz oder gar wegen der kalten Jahreszeit ist das Herz und der Geldbeutel in dieser Zeit besonders offen. So rechnet der Einzelhandelsverband in diesem Jahr mit einem Rekordumsatz von über 100 Milliarden Euro in der Weihnachtszeit. Lieblingsgeschenk zu Weihnachten ist der Geschenk-Gutschein.

